



Guido Heuer,
Wanzleben



Ralf W. Geisthardt,
Haldensleben



Daniel Sturm,
Naumburg



Chris Schulenburg,
Havelberg-Osterburg



Thomas Keindorf,
Halle IV



Bernhard Bönisch,
Halle III



Christil
Köther



Gunnar Schellenberger,
Schönebeck



Uwe Harms,
Gardelegen-Klötze



Siegfried Borgwardt,
Jessen



Ulrich Thomas,
Quedlinburg



Angela Gorr,
Wernigerode



Carsten Borchert,
Salzwedel



Kristin Heiß,
Landesliste



Hendrik Lange,
Landesliste



Detlef Gürth,
Aschersleben



Bernhard Daldrup,
Blankenburg



Daniel Szarata,
Halberstadt



Tobias Krull,
Magdeburg II



Florian Philipp,
Magdeburg III



Andreas Schumann,
Magdeburg IV



Stefan Gebhardt,
Landesliste



Dagmar Zoschke,
Landesliste



Frank Scheurell,
Wittenberg



Markus Kurze,
Burg



Detlef Radke,
Genthin



Dietmar Krause,
Zerbst



Edwina Koch-Kupfer,
Landesliste



Gabriele Brakebusch,
Oschersleben



Doreen Hildebrandt,
Landesliste



Andreas Höppner,
Landesliste



Hardy Peter Güssau,
Stendal



Reiner Haseloff,
Dessau-Roßlau-
Wittenberg



Holger Stahlknecht,
Wolmirstedt



André Schröder,
Landesliste



Eva Feußner,
Landesliste



Marco Tullner,
Halle II



Matthias Höhn,
Landesliste



Wulf Gallert,
Landesliste

CDU

DIE L



Christina Buchheim,
Köthen



Dorothea Frederking,
Landesliste



Mario Lehmann,
Landesliste



Ulrich Lande



Inge,



Monika Hohmann,
Landesliste



Guido Henke,
Landesliste



Silke Schindler,
Landesliste



Andreas Schmidt,
Landesliste



Olaf Meister,
Landesliste



Hagen Kohl,
Landesliste



Matthias Lieschke
Landesliste



Bösche,



Swen Knöchel,
Landesliste



Kerstin Eisenreich,
Landesliste



Katja Pähle,
Landesliste



Jürgen Barth,
Landesliste



Holger Hövelmann,
Landesliste



Cornelia Lüddemann,
Landesliste



Hans-T. Tillschneider,
Bad Dürrenberg/
Saalekreis



Robert Farle,
Saalekreis



Höppner,



Eva von Angern,
Landesliste



Thomas Lippmann,
Landesliste



Angela Kolb-Janssen,
Landesliste



Jörg Felgner,
Landesliste



Andreas Steppuhn,
Landesliste



Sebastian Striegel,
Landesliste



Alexander Raue,
Halle I



Jens Diederichs,
Eisleben



Bert,



Birke Bull,
Landesliste



Henriette Quade,
Landesliste



Petra Grimm-Benne,
Landesliste



Katrin Budde,
Landesliste



Rüdiger Erben,
Landesliste



Claudia Dalbert,
Landesliste



Sarah Sauermann,
Bernburg



Oliver Kirchner,
Magdeburg I

Landtag



Dorothea Frederking,
Landesliste



Mario Lehmann,
Landesliste



Ulrich Siegmund,
Landesliste



Daniel Rausch,
Landesliste



Hannes Loth,
Landesliste



händler,
liste



Andreas Schmidt,
Landesliste



Olaf Meister,
Landesliste



Hagen Kohl,
Landesliste



Matthias Lieschke,
Landesliste



Tobias Rausch,
Landesliste



Lydia Funke,
Landesliste



Jan Schmidt,
Landesliste



Jürgen Barth,
Landesliste



Holger Hövelmann,
Landesliste



Cornelia Lüddemann,
Landesliste



Hans-T. Tillschneider,
Bad Dürrenberg/
Saalekreis



Robert Farle,
Saalekreis



Willi Mittelstädt,
Merseburg



Gottfried Backhaus,
Querfurt



Marcus Spiegelberg,
Weißenfels



Jörg Felgner,
Landesliste



Andreas Steppuhn,
Landesliste



Sebastian Striegel,
Landesliste



Alexander Raue,
Halle I



Jens Diederichs,
Eisleben



Andreas Gehlmann,
Sangerhausen



Volker Olenicak,
Bitterfeld



Andreas Mrosek,
Dessau-Roßlau



Katrin Budde,
Landesliste



Rüdiger Erben,
Landesliste



Claudia Dalbert,
Landesliste



Sarah Sauermann,
Bernburg



Oliver Kirchner,
Magdeburg I



André Poggenburg,
Zeitz



Daniel Roi,
Wolfen



Matthias Böttner,
Staßfurt

SPD

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Alternative

<http://www.faz.net/-gpf-8dvve>STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE  

FAZ.NET

F.A.Z.-E-PAPER

F.A.S.-E-PAPER

Anmelden **Abo** Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKE, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Frankfurter Allgemeine

Wahl in Sachsen-Anhalt

Dienstag, 15. März 2016

VIDEO

THEMEN

BLOGS

ARCHIV

 **POLITIK** WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home > Politik > Wahl in Sachsen-Anhalt > Sachsen-Anhalt: Ein Sozialdemokrat, der mit Geld umgehen kann

Anlage 2 TOP 1 Klausurtagung

Sachsen-Anhalt

Ein Sozialdemokrat, der mit Geld umgehen kann

Die einen sagen, er hätte Sachsen-Anhalt kaputt gespart – Finanzminister Bullerjahn selbst ist überzeugt, dass sein Land mehr Spielräume hat. Jetzt tritt er ab und der Haushalt ist konsolidiert. Wie hat er das gemacht?

26.02.2016, von **REINHARD BINGENER**, MAGDEBURG

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 26.02.2016, 11:54 Uhr

© DPA 

Will Bullerjahn, gescheitert bei mehreren Landtagswahlen, eigentlich doch im Amt bleiben – aber er darf nicht?

„Und das ist die wichtigste Folie von allen!“ **Jens Bullerjahn** wuchtet sich aus seinem Bürostuhl, kurvt routiniert am Tisch vorbei und klopft mit dem Stift gegen ein Balkendiagramm an der Wand – sein Lebenswerk. Das Diagramm zeigt die finanzielle Entwicklung Sachsens-Anhalts. Die gesamte Legislaturperiode hat Sachsen-Anhalt keine neuen Schulden aufgenommen und sogar mit der Tilgung begonnen. 2014 zahlte das Land 50 Millionen Euro zurück, 2015 75 Millionen und 2016 schon 100 Millionen.



Autor: Reinhard Bingener, Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover. >

Folgen: 

Den Franz Josef Strauß zugeschriebenen Satz, dass sich eher ein Hund einen Wurstvorrat zulegt, als dass die **SPD** das Sparen lernt, hat Jens Bullerjahn gründlich widerlegt. Zehn Jahre lang hat der Sozialdemokrat als Finanzminister darauf verzichtet,

mit dem Geldkoffer durch das Land zu ziehen. Für die Rolle des generösen Finanziers wäre Bullerjahn, dessen Augen hinter dicken Brillengläsern leicht vergrößert hervortreten, auch die falsche Besetzung gewesen. Bullerjahn gilt als schwieriger Typ, stur und aufbrausend. Seine

Launen sollen so wechselhaft sein wie das Wetter auf dem Brocken.

Bullerjahn hat für die schroffen Kanten seines Charakters einen Preis bezahlt. Zweimal, 2006 und 2011, scheiterte er als Spitzenkandidat der SPD. Bullerjahn wurde nach den Wahlen jeweils nur Finanzminister. In diesem Amt war die Sturheit nicht Schwäche, sondern Stärke. Der 53 Jahre alte Ingenieur für Prozessoptimierung hat sich den freien Blick auf seine Zahlen von niemanden verstellen lassen. Nicht von seiner Partei, nicht von Betroffenen seiner Sparpolitik und auch nicht von sich selbst.

Bullerjahn übernahm, als der Schuldenstand bei 20 Millionen lag

Denn ursprünglich hat Bullerjahn als Politiker selbst auch nicht für finanzpolitische Stabilität gestanden. Von 1994 bis 2002 hatte er als junger Abgeordneter die Fäden im „Magdeburger Modell“ gezogen. Die von der **Linkspartei** tolerierte SPD-Landesregierung setzte damals den Verschuldungskurs der CDU-geführten Vorgängerregierung unbeirrt fort. Am Ende hatte das junge Bundesland mehr als 16 Milliarden Euro Schulden aufgehäuft. Die SPD brach bei den Wahlen dramatisch ein. Das Magdeburger Modell entpuppte sich finanziell wie politisch als Desaster.

Mehr zum Thema

- Studie: Die zwei Masken der AfD [Zu den](#)
- Wie ist der Zickzackkurs der SPD und der CDU zu erklären? [Zu den](#)
- FDP in Sachsen-Anhalt: Die FDP als Alternative zur AfD [Zu den](#)

Besonderheiten des Politikers Jens Bullerjahn gehört auch, dass er danach nicht wie üblich mit den gleichen Argumenten und Ideologien weitermachte wie davor. Bullerjahn schildert die Zeit nach der Wahl 2002 als ein zeitlich gestrecktes Damaskus-Erlebnis. Zurückgezogen habe er sich, zum Nachdenken, aber auch für Gespräche mit Wirtschaftsforschern.

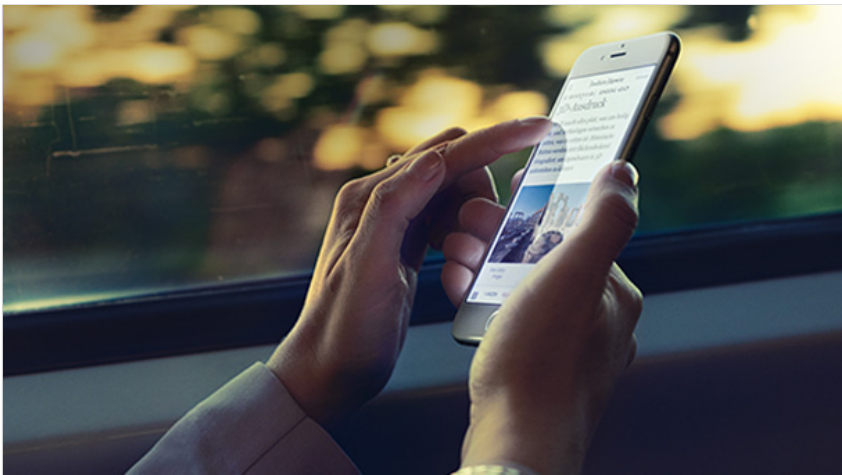
Nach eineinhalb Jahren hatte Bullerjahn ein Papier fertig: „Zukunftsorientierte Finanzpolitik bis 2020. Strategien für eine nachhaltige Konsolidierung“. Zwei Jahre später erhielt Bullerjahn die Chance, seinen Plan zu verwirklichen. Nach der Landtagswahl löste die SPD die FDP als Juniorpartner der **CDU** ab. Der Schuldenstand betrug mittlerweile mehr als zwanzig Milliarden Euro.

Was folgte, war eine im deutschen Föderalismus vermutlich beispiellose Sparorgie. Finanzminister Bullerjahn würgte Strukturen, wo er nur konnte. „15.000 Stellen haben wir abgebaut.“ Sieben Finanzämter wurden eingespart, fünf Gefängnisse und so weiter und so fort. Kritiker, die zum Teil auch in seiner eigenen Partei sitzen, sagen, Bullerjahn habe die öffentliche Daseinsvorsorge „kaputtgespart“. Wenn heute Lehrerstellen mangels Bewerber nicht mehr besetzt werden könnten und das Sicherheitsgefühl leide, weil die nächste Polizeidienststelle so weit entfernt liege, sei das alles auch das Erbe Bullerjahns.

Spielräume hätten sich durch das Sparen vergrößert

Der Finanzminister reagiert auf solche Anwürfe ungehalten. „Klar: Innere Sicherheit - daran darf natürlich niemals gespart werden. Aber als Finanzminister dürfen Sie aus Respekt vor bestimmten Dingen nicht aufhören, diese Dinge in Frage zu stellen“. Bullerjahn stellte auch das umfängliche Kulturleben in Sachsen-Anhalt sowie die Hochschulen in Frage. Die Gegenwehr war beträchtlich.

Das Kulturmilieu aktivierte seine Beziehungen in die Redaktionsstuben, die Hochschulen ließen ihre Studenten demonstrieren. „Ich habe denen gesagt: Und wenn ihr mir noch 10 000 vor die Hütte stellt - auch das wird nichts ändern“, erzählt Bullerjahn. „Politik darf sich nicht zum Lobbyisten für jeden Wunsch aus der Bevölkerung machen.“ Der Finanzminister zog den Sparkurs durch und setzte 2013 bei Ministerpräsidenten Haseloff sogar die Entlassung der CDU-Wissenschaftsministerin Birgitta Wolff durch, die sich seinem Sparkurs widersetzte.



Die neue digitale Zeitung F.A.Z. PLUS

Die ganze F.A.Z. in völlig neuer Form, mit zusätzlichen Bildern, Videos, Grafiken, optimiert für Smartphone und Tablet. Jetzt gratis testen.

[Mehr erfahren](#)

Am Ende gab Haseloff gegenüber den Sparkritikern allerdings doch nach. Im „Bernburger Frieden“ einigte er sich mit den Hochschulen auf mildere Sparziele. Die Drohung, notfalls in Halle die Universitätsmedizin zu privatisieren, verteidigt Bullerjahn bis heute. Erst dadurch sei der nötige Druck entstanden. Mittlerweile sei das Millionendefizit der Klinik abgebaut. „Die Frau aus Mansfeld, die den Mindestlohn bekommt, hat ein Recht darauf, dass keine Millionenverluste hingenommen werden, nur weil der Finanzminister vor Professoren zurückweicht.“

Sachsen-Anhalt hat die finanzpolitische Wende geschafft. Das Land habe bei den Ratingagenturen inzwischen einen guten Ruf und profitiere stärker als andere von den niedrigen Zinsen, sagt Bullerjahn. Demnächst will er Finanzinvestoren besuchen, auf einer „Roadshow“. Auch das zählt zur Sturheit Bullerjahns: Die Vokabeln des Neoliberalismus hat er anders als viele Politiker nicht aus seinem Wortschatz gestrichen. Die finanzielle Konsolidierung hält Bullerjahn auch psychologisch für wichtig. Mit seinen vielen Kombi-naten habe es Sachsen-Anhalt nach 1990 besonders schwer gehabt. Arbeitslosigkeit, Schuldenberg und Abwanderung waren die Folgen. „Jetzt sind wir zumindest nicht mehr das hässliche Schuldenentlein. Wir können jetzt auch mehr investieren als andere. Die Spielräume erweitern sich.“

„Ich hinterlasse schließlich kein Trümmerfeld“

Selbst wird Jens Bullerjahn diese Früchte wohl nicht mehr ernten. Im Herbst hat er angekündigt, sein Amt nach der Wahl abzugeben. In Magdeburg kursieren dafür verschiedene Erklärungen: Der Zinserlass für den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Klaas Hübner wird genannt, in dessen Zusammenhang Vorwürfe gegen Bullerjahn laut wurden. Angeführt wird auch, dass Bullerjahn zwar viel vom Sparen verstehe, ihm aber politische Visionen fehlten, wie man Geld sinnvoll ausgibt. In gewissem Widerspruch zu dieser Behauptung stehen Berichte, nach denen Bullerjahn gern weitergemacht hätte, aber vergeblich auf entsprechende Aufforderungen der SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde gewartet habe. Dazu passt auch, dass manche Politiker in Sachsen-Anhalt bis heute meinen, Bullerjahn habe sein Büro nur zum Schein geräumt und warte auf ein Scheitern Buddes am 13. März.



Sachsen-Anhalts Finanzminister tritt ab und hinterlässt konsolidierten Haushalt. Wie hat er das gemacht?



Ein Sozialdemokrat, der mit Geld umgehen kann: Wie sich Sachsen-Anhalt aus den Schulden befreit hat #ltw

Solche Spekulationen versucht Bullerjahn durch die Versicherung zu zerstreuen, für die kommenden Monate bereits einen langen Segeltörn geplant zu haben. „Warum nicht einfach mal Platz machen für jemand anderes?“, sagt er. „Ich hinterlasse schließlich kein Trümmerfeld.“ Als Finanzminister hat Bullerjahn tatsächlich eines der dicksten Bretter durchbohrt, die herumlagen.

Nach einem Ausscheiden muss er hoffen, dass sein Kurs nicht von anderen aufgeweicht wird. Sicher ist das nicht. Die Linkspartei ist gegen die Schuldenbremse, das diesbezügliche Bekenntnis der SPD klingt eher halbherzig. Und die Bevölkerung interessiert sich vor der **Landtagswahl** fast ausschließlich für die Flüchtlingskrise, gegen die Landespolitik allerdings wenig ausrichten kann. Verbittert wirkt der Finanzminister deshalb nicht. Bullerjahn sitzt in seinem Stuhl und schaut auf die Wand mit den Diagrammen. „Die Folien hänge ich auch noch alle ab.“

Quelle: F.A.Z.

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Landtagswahl](#) | [Sachsen-Anhalt](#) | [Franz Josef Strauß](#) | [CDU](#) | [Die Linke](#) | [Jens Bullerjahn](#) | [Magdeburg](#) | [SPD](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben >

Weitere Empfehlungen

CDU in Sachsen-Anhalt

Kampf gegen die Protestwahl

Die Bilanz von Reiner Haseloff (CDU) in Sachsen-Anhalt liest sich ganz passabel – doch die Wähler interessiert das nicht. Stattdessen steht der Protest im Fokus der Wahl. Leisten kann sich das Bundesland den eigentlich nicht. Ein Kommentar. [Mehr >](#) Von

REINHARD BINGENER

09.03.2016, 15:29 Uhr | Politik



Anzeige

Du willst endlich dein Englisch auffrischen?

Frische jetzt spielerisch dein Englisch auf, mit Babbel macht es Spaß & funktioniert. Jetzt starten! [Mehr >](#)



powered by plista

Magdeburg

Haseloff will Landesvater in Sachsen-Anhalt bleiben

Im Wahlkampf muss der Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff von der CDU vor allem gegen eine stärker werdende AfD kämpfen. In einigen Umfragen liegt die AfD bei 19 Prozent und damit deutlich vor der SPD. [Mehr >](#)

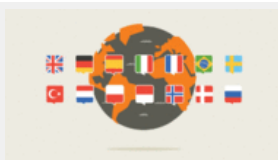
09.03.2016, 16:22 Uhr | Politik



Anzeige

Lerne jetzt eine neue Sprache einfach online!

Sprachenlernen mit Babbel ist einfach und macht Spaß. Jetzt eine von 14 Sprachen wählen und starten! [Mehr >](#)



powered by plista

Wahl in Sachsen-Anhalt

Ein Regierungschef auf Distanz zur Kanzlerin

Auf Wahlkampftour mit dem Ministerpräsidenten: Warum Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt vielleicht eines Tages in einem historischen Exkurs erzählen wird, wie er beinahe an Angela Merkel und der AfD gescheitert wäre. [Mehr >](#) Von REINHARD BINGENER,

MAGDEBURG/HALLE

05.03.2016, 17:09 Uhr | Politik



Landtagswahlen

Wähler in Sachsen-Anhalt äußern sich zur AfD

Die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt liegt aktuell bei mehr als 47 Prozent. Der Spitzenwert von 71,5 Prozent wie 1998 am Ende des Wahltages dürfte diesmal nicht mehr erreicht werden. Die AfD



<http://www.faz.net/-gpf-8eb0g>FAZJOB.NET LEBENSWEGE SCHULE  

FAZ.NET

F.A.Z.-E-PAPER

F.A.S.-E-PAPER

Anmelden Abo Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Frankfurter Allgemeine

Wahl in Sachsen-Anhalt

Mittwoch, 09. März 2016

VIDEO

THEMEN

BLOGS

ARCHIV

[Home](#) > [POLITIK](#) WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home > Politik > Wahl in Sachsen-Anhalt > CDU in Sachsen-Anhalt: Kampf gegen die Protestwahl

CDU in Sachsen-Anhalt

Kampf gegen die Protestwahl

Die Bilanz von Reiner Haseloff (CDU) in Sachsen-Anhalt liest sich ganz passabel – doch die Wähler interessiert das nicht. Stattdessen steht der Protest im Fokus der Wahl. Leisten kann sich das Bundesland den eigentlich nicht. Ein Kommentar.

09.03.2016, von REINHARD BINGENER

Anlage 3 TOP 1 Klausurtagung

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 09.03.2016, 15:29 Uhr

© ANDREAS PEIN 

Viel falsch gemacht haben Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, und seine Regierung nicht. Doch wegen der Flüchtlingskrise werden die Wähler die CDU bei der Landtagswahl am Sonntag abstrafen.

Das Epizentrum der Flüchtlingskrise in Europa liegt nicht auf den griechischen Inseln oder bei den Grenzübergängen des Balkans, sondern zwischen Zeitz und Salzwedel. Auf diesen Gedanken könnte zumindest kommen, wer den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt verfolgt. Auf keine der drei Landtagswahlen schlägt das flüchtlingspolitische Chaos in der EU wohl so vehement durch wie auf die im dem ostdeutschen Bundesland. Die AfD erreicht hier in der jüngsten Umfrage einen Rekordwert von 19 Prozent.



Autor: Reinhard Bingener, Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover. >

Folgen:  

Ministerpräsident Reiner Haseloff hilft es kaum, dass er als erster Ministerpräsident der CDU das Wort von der Obergrenze im Mund geführt hat und seit Wochen nationale Grenzkontrollen fordert. Er wird nichtsdestotrotz für Rhetorik und Politik von Kanzlerin

Angela Merkel in Mithaftung genommen.

Haseloff wird deshalb froh sein müssen, wenn der Sinkflug seines Landesverbandes in den Umfragen am 13. März oberhalb der Marke von dreißig Prozent endet. Sein Koalitionspartner, die SPD, bewegt sich längst in anderen Dimensionen: Den Sozialdemokraten droht am Wahltag die Herabstufung zur viertstärksten Kraft. Die Schwächung der etablierten Parteien ist so weit

vorangeschritten, dass in den Magdeburger Gedankenspielen nicht einmal mehr eine Zusammenarbeit von Union und Linkspartei ausgeschlossen wird.

Mehr zum Thema

- Wahl in Sachsen-Anhalt: Ein Regierungschef auf Distanz zur Kanzlerin >
- Kolumne „Wie erkläre ich's meinem Kind?": Wenn wir keine Wahl hätten >
- Umfrage vor Landtagswahl: AfD erneut vor SPD in Sachsen-Anhalt >

Schon in der

Vergangenheit hat sich Sachsen-Anhalt als ein Bundesland erwiesen, in dem die politischen Verhältnisse stärker als andernorts von bundespolitischen Stimmungen geprägt sind. Mit einem frechen Kreuzchen an empfindlicher Stelle basteln etliche Wähler aus ihrem Wahlzettel regelmäßig einen Denkkzettel. Dabei hätte es das Land nötig, dass seine Bürger die **Landtagswahl** in ihrem Eigenwert als Entscheidung über die künftige Landespolitik wahrnehmen und nicht als Ventil für den eigenen Verdruss missbrauchen.

Denn Sachsen-Anhalt kann sich den Preis einer Protestwahl noch weniger leisten als wohlhabendere Bundesländer. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung wandelt dieses arme Land mit seiner reichen Geschichte nach wie vor auf einem schmalen Grat. Die Entscheidung, ob Sachsen-Anhalt infolge von Strukturschwäche und Abwanderung zum Armenhaus im Herzen Deutschlands herabsinkt oder sich dauerhaft in die Wertschöpfungsketten Mitteleuropas einklinkt, ist noch nicht gefallen.



© DPA, REUTERS

Haseloff will Landesvater in Sachsen-Anhalt bleiben

Politik kann sich eigentlich sehen lassen

In der gegenwärtigen Aufregung über die Asylpolitik dringen die Parteien im Wahlkampf mit landespolitischen Themen jedoch kaum mehr durch. Das ist umso bedauerlicher, als sich die Bilanz der Politik in Sachsen-Anhalt durchaus sehen lassen kann. Die CDU hat, zunächst mit der FDP, die vergangenen zehn Jahre dann gemeinsam mit der **SPD**, den einst desaströsen Haushalt des Landes von Grund auf saniert und sogar den Einstieg in die Tilgung geschafft. Dafür war ein rigider Sparkurs erforderlich, bei dem insbesondere der sozialdemokratische Finanzminister Jens Bullerjahn langen Atem bewiesen hat.

Finanziell auf eigenen Beinen steht das Land zwar längst noch nicht, und auch das Wirtschaftswachstum ließ zuletzt zu wünschen übrig. Aber trotz widriger Startbedingungen hat sich Sachsen-Anhalt im Unterschied zu einem Bundesland wie Bremen nicht in der Abhängigkeit eingerichtet. Im Land ist ein politischer Wille erkennbar, die Dinge möglichst aus eigener Kraft zu regeln.

Flüchtlinge das kleinere Problem

Die härtesten Einschnitte hat Sachsen-Anhalt auf diesem Weg bereits hinter sich gebracht. In den kommenden fünf Jahren hätte Sachsen-Anhalt so die Möglichkeit, seinen Blick nach vorne zu richten. Schlimm wäre es, wenn der Konsolidierungskurs rückgängig gemacht würde und die frei werdenden Mittel nicht in zukunftsweisende Investitionen, sondern in neue staatliche

Fettpölderchen flößen. Denn Sachsen-Anhalt wird keines seiner Probleme lösen, wenn nicht mehr höherwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Gutbezahlte Jobs in Industrie und Mittelstand sind langfristig der einzige Schlüssel, um dem Wegzug von Fachkräften zu begegnen und die zahlreichen kleineren Städte im Land zu entwickeln.

Angesichts dieser Herausforderung ist die derzeit allgegenwärtige Flüchtlingsfrage die deutlich kleinere Aufgabe. Infolge von Leerstand und billigen Mieten hat Sachsen-Anhalt deutlich weniger Schwierigkeiten mit der Unterbringung von Asylbewerbern als andere Bundesländer. So berechtigt die Kritik vieler Bürger an der Asylpolitik der Bundesregierung auch sein mag - die Landespolitik ist dafür der falsche Adressat.

Sachsen-Anhalt braucht kulturellen Anschluss

Und die Wähler in Sachsen-Anhalt wären vermutlich gut beraten, am 13. März nicht das Signal auszusenden, dass sie sich, nachdem sich der DDR-Mief allmählich verflüchtigt hat, nun daranmachen, eine ostdeutsch-nationale Regionalmentalität zu entwickeln.

Im Oktober 2017 steht mit dem Reformationsjubiläum in Wittenberg ein Ereignis von internationalem Rang an. Wenige Wochen später soll die alte Universitätsstadt Halle an der Saale ein Haltepunkt an der neuen Schnellstrecke München-Berlin werden. 2019 werden in Dessau 100 Jahre Bauhaus gefeiert. Schon der Blick auf den Kalender zeigt also, warum Sachsen-Anhalt nicht Abkapselung benötigt, sondern kulturellen Anschluss.

Quelle: F.A.Z.

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Angela Merkel](#) | [Die Linke](#) | [SPD](#) | [Landtagswahl](#) | [Sachsen-Anhalt](#) | [Reiner Haseloff](#) | [AfD](#) | [Wahlkampf](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben [>](#)

Weitere Empfehlungen

Sachsen-Anhalt

Zehn Gründe, warum die AfD durch die Decke schießt

Die AfD steht in Sachsen-Anhalt in Umfragen bei 17 Prozent, die Landtagswahl wird eine Protestwahl sondergleichen. Was sind die Gründe für den Protest? [Mehr >](#) Von REINHARD BINGENER
01.03.2016, 10:54 Uhr | Politik



Anzeige

Dieses Spiel lässt dich die Realität vergessen!

Baue deine Einsatzbasis auf und wähle zwischen mehr als 30 realistischen Schlachtfeldsystemen. [Mehr >](#)



powered by plista

Magdeburg

Haseloff will Landesvater in Sachsen-Anhalt bleiben

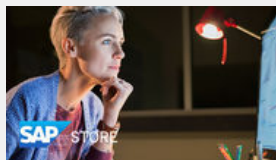
Im Wahlkampf muss der Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff von der CDU vor allem gegen eine stärker werdende AfD kämpfen. In einigen Umfragen liegt die AfD bei 19 Prozent und damit deutlich vor der SPD. [Mehr >](#)
09.03.2016, 15:49 Uhr | Politik



Anzeige

Anpacken. Durchbeißen. Verkaufen.

Das Endorphin verebbt und alles scheint so mühsam? Starte die Start-up-Motivationsmaschine! [Mehr >](#)



<http://www.faz.net/-gpf-8e3l9>
[FAZJOB.NET](#) [LEBENSWEGE](#) [SCHULE](#) [f](#) [t](#)
[FAZ.NET](#)
[F.A.Z.-E-PAPER](#)
[F.A.S.-E-PAPER](#)
[Anmelden](#) [Abo](#) [Mobil](#) [Newsletter](#) [Mehr](#)

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Frankfurter Allgemeine Wahl in Sachsen-Anhalt

Montag, 07. März 2016

[VIDEO](#)
[THEMEN](#)
[BLOGS](#)
[ARCHIV](#)
[POLITIK](#) [WIRTSCHAFT](#) [FINANZEN](#) [FEUILLETON](#) [SPORT](#) [GESELLSCHAFT](#) [STIL](#) [TECHNIK & MOTOR](#) [WISSEN](#) [REISE](#) [BERUF & CHANCE](#) [RHEIN-MAIN](#)
[Home](#) > [Politik](#) > [Wahl in Sachsen-Anhalt](#) > Sachsen-Anhalt: Zehn Gründe, warum die AfD durch die Decke schießt

Sachsen-Anhalt

Zehn Gründe, warum die AfD durch die Decke schießt

Die AfD steht in Sachsen-Anhalt in Umfragen bei 17 Prozent, die Landtagswahl wird eine Protestwahl sondergleichen. Was sind die Gründe für den Protest?

01.03.2016, von [REINHARD BINGENER](#)

Anlage 4 TOP 1 Klausurtagung

[Teilen](#)
[Twittern](#)
[Teilen](#)
[E-mailen](#)

Veröffentlicht: 01.03.2016, 10:54 Uhr



© DPA

AFD-Demonstration in Magdeburg im Januar

1. Unzufriedenheit

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März wird eine klassische Protestwahl: Nach den Umfragen kann die Alternative für Deutschland mit ihrem bisher besten Ergebnis rechnen - und das, obwohl die Partei in dem Bundesland so extremistisch auftritt wie sonst nur in Thüringen. Der Wunsch nach einem Wechsel hingegen ist nach demoskopischen Untersuchungen kaum ausgeprägt. Die meisten Wahlberechtigten sind mit Ministerpräsident Reiner Haseloff von der **CDU** zufrieden und wünschen sich die Fortsetzung von Schwarz-Rot.



Autor: Reinhard Bingener, Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover. >

Folgen:

Wer durch das Land fährt, beobachtet gleichwohl eine Unzufriedenheit, die zur Lebenshaltung geworden ist. Wenn die Aufnahmegeräte ausgeschaltet sind, beklagen sich Landespolitiker, dass der Wähler in Sachsen-Anhalt ziemlich oft ein verdrießlich

schauendes, schnoddriges, mürrisch-mauliges Wesen ist. Im „Glücksatlas“ belegt Sachsen-Anhalt in der Tat regelmäßig einen der hintersten Plätze. Politisch zeigt sich die Unzufriedenheit in einer Form, gegen die wohl jede Regierung der Welt machtlos wäre: Die Bürger richten jede Menge Erwartungen an die Politik und reagieren auf die leicht vorhersehbaren Enttäuschungen der Erwartungen verbittert.

Anzeige



TRADING 2 GO

Der einfache Weg zum Wertpapier-Depot

Der Weg zum Anleger ist häufig einfacher als allgemein angenommen: Finanzexperten erklären, was bei der Wahl der passenden Bank wichtig ist und wie die ersten Wertpapier-Schritte einfach und schnell gemacht sind. mehr...

In einem Interviewband mit Monika Zimmermann, der einstigen DDR-Korrespondentin der F.A.Z., umriss der ehemalige Ministerpräsident **Wolfgang Böhmer** die Gründe dafür: „Dass wir einen hohen Bevölkerungsanteil haben, der sich daran gewöhnt hat, subventioniert zu werden. Dass wir eine hohe Zahl von Schulabbrechern haben. Dass wir eine hohe Zahl an Übergewichtigen haben. Dass wir eine hohe Zahl von Leuten haben, die keinen Sport treiben. Auch wenn man nicht alles auf einen Nenner bringen kann, muss man feststellen, dass offenbar unter uns die Eigenverantwortung deutlich geschrumpft ist.“

2. Zu wenig politische Bildung

Gespräche mit Bürgern vor der Wahl offenbaren politische Unbildung und das Fehlen passender Maßstäbe. Den meisten Wählern ist nicht einmal bewusst, dass der Einfluss eines Bundeslandes auf die Asylpolitik äußerst gering ist. Bis zu der Frage, ob es klug ist, die Landespolitik für Entscheidungen der Bundeskanzlerin in Mithaftung zu nehmen, stoßen sie deshalb noch nicht einmal vor. Auch scheint vielen herzlich egal zu sein, dass es Sachsen-Anhalt besser gelingt als anderen Ländern, Flüchtlinge unterzubringen.

Mehr zum Thema

- AfD-Chefin Petry will schnell Regierungsverantwortung >
- Wahl in Sachsen-Anhalt: Die Linkspartei ist ein Opfer der Flüchtlingskrise >
- Ein Sozialdemokrat, der mit Geld umgehen kann >

Hinzu kommt, dass das bürgerliche Milieu der AfD mehr

oder minder alles durchgehen lässt, obwohl die Partei in Sachsen-Anhalt zwei Gesichter hat. Ein bürgerlich-gemäßigtes Gesicht setzt die AfD auf, wenn sie angegriffen wird und sich auf Podien präsentiert. Das radikale Gesicht zeigt die Partei auf Facebook und bei Kundgebungen nach dem Vorbild von Pegida; bei diesen „Spaziergängen“ sind schon Journalisten verletzt worden.

Überhaupt pflegt die AfD einen anderen Umgang mit der Öffentlichkeit als andere Parteien: Sie hat eine Pressesprecherin, die zwar eifrig Mitteilungen des Spitzenkandidaten versendet, etwa zum Wert der „Volksgemeinschaft“, aber ihre Telefonnummer nicht herausgibt. Der Landesvorstand hat beschlossen, dass auf der Pressekonferenz der Partei jeder Journalist nur eine Frage stellen darf.



© REUTERS

Umfrage in Sachsen-Anhalt: AfD überholt die SPD

Die Anhänger scheinen sich auch nicht daran zu stören, dass gegen den Spitzenkandidaten André

Poggenburg schon mehrfach Haftbefehl wegen nicht bezahlter Rechnungen ausgestellt wurde. Oder daran, dass ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung nur gegen Geldauflage eingestellt wurde. Im Wahlkampf warnt Poggenburg vor einem „großangelegten Wahlbetrug“ bei der Stimmenausschüttung. Selbst mit haltlosen Verschwörungstheorien haben breite Wählerschichten offenbar kein Problem. Wenn sie diese nicht sogar teilen.

3. Gleichgültigkeit und Undank

Der Ort mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl war Halberstadt in Sachsen-Anhalt. Kommunalwahlen in dem Bundesland werden regelmäßig als Feste des Desinteresses begangen. Mit dem Fernbleiben von der Wahl wollen viele Nichtwähler ihre Verachtung für das politische System dokumentieren - ein politisches System, das zig Milliarden Euro für die Sanierung der Städte ausgegeben hat und viele weitere Milliarden für den Bau der Straßen, auf denen sie tagtäglich fahren. Ohne das Geld aus Westdeutschland würden auch die Nichtwähler noch heute durch verrottete Innenstädte laufen. Man kann lange darüber grübeln, worauf ein solcher Mangel an Einsicht über den Grund für den eigenen Lebensstandard beruht. Man kann die Sache aber auch einfach moralisch betrachten: als Undankbarkeit.

4. Sehr spezielle Jugendkultur

Schon oft wurde der Aufstieg der AfD mit dem Zorn älterer Herren erklärt. In Sachsen-Anhalt greift das nicht, denn dort ist die Partei vor allem bei den Jüngeren beliebt. Nach den Demoskopen ist sie bei den Wahlberechtigten unter 30 Jahren mittlerweile stärker als jede andere Partei. Wer nach einer Erklärung dafür sucht, dem sei ein kleines Experiment empfohlen: Man stelle sich in einer sachsen-anhaltischen Kleinstadt einfach eine Stunde lang auf den Parkplatz eines McDonald's. In dieser Zeit wird man vermutlich gleich mehrere Fahrzeuge sichten, auf deren Heck sich Aufkleber mit Fäusten, Runen und Totenköpfen befinden.

Gerade auf dem Land hat sich eine Jugendkultur etabliert, die sich oberflächlich meist als unpolitisch verstehen mag. Die ästhetischen Bezüge zum Rechtsextremismus sind aber unübersehbar: Military-Look, Tattoos, Piercings und teilrasierte Schädel verbinden sich mit Hobbys wie Tuning, Paintball und Bodybuilding zu einer uniformen und männlich dominierten Szene. Die Grenzen selbst zu Neonazis fließen.

5. Abwanderung

Seit der friedlichen Revolution von 1989 hat Sachsen-Anhalt etwa ein Viertel der Bevölkerung verloren. Schon in den Jahrzehnten davor haben mehrere hunderttausend Personen das Land verlassen, darunter viele Akademiker. Vom Land ziehen vor allem die gutausgebildeten Frauen fort. Das hat wirtschaftliche und biologische Folgen. Und es nährt bei den Verbliebenen das Gefühl, abgehängt zu werden.

6. Keine Erfahrung mit Ausländern

Die Zahl rechtsextremer Straftaten in Ostdeutschland erklären Fachleute damit, dass es dort kaum Begegnungen mit Fremden gibt. In Sachsen-Anhalt trifft man Bürgermeister, in deren Orten kein einziger Ausländer gemeldet ist. Muslime bilden eine verschwindend kleine Minderheit. Im Zuge der Flüchtlingskrise begegnet den Menschen in Sachsen-Anhalt das Fremde jetzt häufiger in Gestalt von Asylbewerbern. An den Argumenten der politischen Linken, dass Flüchtlinge die Probleme der Abwanderung ausgleichen, zweifeln viele Bürger, vermutlich mit Recht. Der AfD spielen solche Scheinargumente in die Hände.

7. Strukturschwäche

Die Zahl der Arbeitslosen ist auch in Sachsen-Anhalt deutlich gesunken. Gleichwohl gibt es nach wie vor eine verfestigte Arbeitslosigkeit von bis zu 15 Prozent. Dabei waren viele der besonders betroffenen Landstriche einmal überdurchschnittlich wohlhabend. Die Magdeburger Börde bietet Ackerbauern seit Jahrtausenden beste Böden. Im Mittelalter blühten die Bergbauregionen des Harzes, und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten sich zugkräftige Industrieregionen.

Die Teilung Deutschlands traf Sachsen-Anhalt gerade deshalb noch härter als die anderen Länder Ostdeutschlands. Ungefähr die Hälfte der großen DDR-Kombinate stand in Sachsen-Anhalt. Nach 1989 wurden sie in großer Zahl abgewickelt, Zehntausende Arbeitsplätze gingen verloren, unzählige Erwerbsbiographien wurden zerrüttet. Das minderte das Vertrauen der betroffenen

Familien in das neue politische System.

Der allmähliche Wiederaufbau der Industrie und das Heranziehen eines eigenen Mittelstandes ist deshalb eine Kernaufgabe der Landespolitik. Sie wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. In den vergangenen Jahren hat die Politik dafür schon viel geleistet. Die Bitterfelder Chemie konnte nach der Wende durch den persönlichen Einsatz Helmut Kohls als Schlüsselindustrie erhalten werden. Den einst hochdefizitären Landeshaushalt haben CDU und SPD gemeinsam mit eisernem Willen saniert. Sachsen-Anhalt hat heute leistungsfähige Verkehrsachsen. Die Arbeitslosigkeit wurde halbiert. Doch viele Bürger sehen die Erfolge nicht.

8. Keine gefestigte Identität

Der Bindestrich im Landesnamen macht es deutlich: Sachsen-Anhalt ist ein künstliches Gebilde. Das gilt für den Naturraum wie für die Geschichte. Und anders als Thüringen, Sachsen und Brandenburg fehlte dem Bundesland nach 1989 auch eine prägende politische Persönlichkeit. Erst Ministerpräsident Wolfgang Böhmer von der CDU wusste den Bürgern ein Gefühl des Vertrauens zu vermitteln. Böhmer versprach ihnen nicht nur nichts, er erzählte ihnen auch noch, was ihm an ihnen nicht gefiel. Damit immerhin konnten sie gut umgehen.

9. Entkirchlichung

Mit mehr als achtzig Prozent Konfessionslosen ist Sachsen-Anhalt das Bundesland, in dem die Entchristlichung am weitesten vorangeschritten ist. Unter den Politikern des einstigen Stammlands der Reformation ist der Anteil der Christen nach wie vor deutlich höher als im Rest der Bevölkerung. Auch in der Flüchtlingskrise engagieren sich ganz besonders Leute, die konfessionell gebunden sind. Die Schwäche der Kirchen spüren auch die Politiker.

„Drei Prozent der Bevölkerung haben ausgereicht, die DDR zu Fall zu bringen, mit drei Prozent hält man auf Dauer aber keine Demokratie aufrecht“, warnt ein ranghoher Landespolitiker. Kirchenleute sehen auch einen Zusammenhang zwischen der seit drei Generationen vererbten Konfessionslosigkeit und der verbreiteten Abwehr gegen das Fremde: Die Kreise, in denen Solidarität geübt wird, würden enger gezogen und auf die eigene Familie, das eigene Volk beschränkt. Der Nächstenliebe sei das spezifisch Christliche abhandengekommen. Der Gedanke, dass der Nächste auch ganz anders als man selbst sein könnte, verflüchtige sich.

10. Lebensgefühl

Sachsen-Anhalt fehlt die prägende Metropole. In der ehrwürdigen Universitätsstadt Halle an der Saale stellt sich mittlerweile ein urbanes Flair nach westeuropäischem Vorbild ein. Schon der Landeshauptstadt Magdeburg fällt das spürbar schwerer. Auf Dauer werden aber beide Städte jenes Lebensgefühl erzeugen können, das gutausgebildete Menschen attraktiv finden. Die eigentliche Herausforderung ist, dass dies auch in den Kleinstädten gelingt, von denen es in Sachsen-Anhalt besonders viele gibt. Städte am nördlichen Harzrand wie Quedlinburg und Wernigerode schaffen das schon ansatzweise, ebenso Naumburg und Havelberg.

Anderen Städtchen fällt es deutlich schwerer, sich weiterzuentwickeln. Zwar sind auch dort viele Millionen in die Sanierung der Altstädte geflossen, die in einem so guten Zustand sind wie vermutlich niemals zuvor. Auch legen sich anders als in Westdeutschland nicht die architektonischen Scheußlichkeiten der Nachkriegsmoderne ringförmig um die vom Krieg weitgehend verschonten Innenstädte. Die baulichen Voraussetzungen für ein Wiederaufblühen der Städte sind in Sachsen-Anhalt vermutlich besser als in fast jedem anderen Bundesland.

Nur fehlen oft die Menschen, die daraus etwas formen: Ladenbesitzer, Cafébetreiber. Weil wiederum die gutbezahlten Jobs in der Industrie fehlen. Auch die kulturelle Zukunft dieser Städte hängt an der Wirtschaft. Die zu entwickeln braucht aber Geduld. Wenn viele Wähler in Sachsen-Anhalt statt Geduld aber nur Protest zu bieten haben, liegt das Problem des Bundeslandes vielleicht weniger bei den Politikern als beim Volk.

Quelle: F.A.S.

[Zur Homepage](#)

<http://www.faz.net/-gpf-8ecfo>

FAZJOB.NET LEBENSWEGE SCHULE

FAZ.NET F.A.Z.-E-PAPER

Anmelden Abo Mobil Newsletter

F.A.S.-E-PAPER

Mehr

Frankfurter Allgemeine Wahl in Sachsen-Anhalt

Sonntag, 06. März 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

[POLITIK](#) [WIRTSCHAFT](#) [FINANZEN](#) [FEUILLETON](#) [SPORT](#) [GESELLSCHAFT](#) [STIL](#) [TECHNIK & MOTOR](#) [WISSEN](#) [REISE](#) [BERUF & CHANCE](#) [RHEIN-MAIN](#)
[Home](#) [Politik](#) [Wahl in Sachsen-Anhalt](#) [Reiner Haseloff: Zwischen Apollo und Herkules](#)

Wahl in Sachsen-Anhalt

Anlage 5 TOP 1 Klausurtagung

Ein Regierungschef auf Distanz zur Kanzlerin

Auf Wahlkampftour mit dem Ministerpräsidenten: Warum Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt vielleicht eines Tages in einem historischen Exkurs erzählen wird, wie er beinahe an Angela Merkel und der AfD gescheitert wäre.

05.03.2016, von **REINHARD BINGENER**, MAGDEBURG/HALLE

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 05.03.2016, 17:09 Uhr



© ANDREAS PEIN

Jede Stimme zählt: Haseloff bei einem Wahlkampfbesuch in einem Natursteinbetrieb

Diese Veranstaltung aus dem aberwitzigen Terminkalender des sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten ist ganz nach dem Geschmack von **Reiner Haseloff**: Der Magdeburger Natursteinbetrieb Paul Schuster wird 130 Jahre alt. „Bevor ihr anfangt zu erzählen, mache ich hier mal die große historische Einordnung“, fällt Haseloff dem Unternehmenschef ins Wort.



Autor: Reinhard Bingener, Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover.
Folgen:

Der CDU-Politiker ist in seinem Redefluss kaum zu bremsen und zappelt in der hölzernen Bauhütte zwischen Apollo und Herkules umher. Denn die steinernen Figuren, die hier herumstehen, stammen aus dem Park von Schloss Schönhausen an der Elbe,

wo **Otto** von Bismarck „geboren und getauft“ wurde, wie Haseloff weiß.

Haseloff-Exkurs Nummer eins: Der junge Bismarck hat dem Herkules mit der Schrotflinte in den Hintern geschossen. „Die Löcher im Hintern lassen Sie bei der Renovierung aber drin!“, fordert

Haseloff den zuständigen Steinmetz energisch auf. Um die Dreiecksbeziehung zwischen Bismarck, Schönhausen und Sachsen-Anhalt wird sich auch Haseloff-Exkurs Nummer zwei ranken: „Ich habe letzte Woche im Bundesrat einen 16:0 Beschluss herbeigeführt“, sagt er.

Mehr zum Thema

- Das
- Zehn Gründe, warum die AfD in Sachsen-Anhalt durch die Decke schießt
 - FDP-Spitzenkandidat Volker Wissing will seiner Partei die Wende bringen
 - Wie ein NPD-Kandidat die Welt sieht

Errichtungsgesetz der Otto-von-Bismarck-Stiftung sei geändert worden, um dessen Geltungsbereich auf Schloss Schönhausen in der Altmark zu erweitern. „Jetzt seid ihr noch wichtiger!“, sagt Haseloff zu den steinernen Figuren. Ein weiterer Erfolg also für Sachsen-Anhalt, der Haseloff aufgrund seines regionalhistorischen Faibles ein wenig größer erscheinen mag, als er tatsächlich ist.

Anzeige



PRIVATE ALTERSVORSORGE

Gut vorgesorgt - mit der richtigen Strategie

Experten sind sich einig: In punkto privater Altersvorsorge gibt es trotz hoher Produktvielfalt großen Nachholbedarf. Dabei fragen sich viele Menschen, welche Kapitalanlagen sich für den Vermögensaufbau eignen. mehr...

Ihm fehlt das landesväterliche Image

Haseloff hat sich im Wahlkampf mächtig angestrengt. „Ich habe in dieser Sache intime und persönliche Gespräche mit Otto von . . . äh, nein, . . . Wolfgang Schäuble geführt.“ Reiner Haseloff setzt Spatenstiche. Reiner Haseloff übergibt Förderbescheide. Reiner Haseloff gratuliert zu Drillingen. Solche Überschriften produziert Haseloff täglich mit Hingabe. Sein Leben als Ministerpräsident verbringt der 62 Jahre alte promovierte Physiker vornehmlich auf der Rückbank seines Autos. Es gibt vermutlich keinen Menschen in Sachsen-Anhalt, der Sachsen-Anhalt so genau kennt wie der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt.

Die Siedlungsgeschichte eines Ortes bis zurück in die Jungsteinzeit zu kennen gehört für Haseloff zu den Pflichtaufgaben seines Amtes. Haseloffs Problem ist allerdings, dass ihm das landesväterliche Image seines Vorgängers **Wolfgang Böhmer** bis heute fehlt. Böhmer wusste den Menschen mit seinem knorrigen Eigenwillen Ruhe und ein Gefühl der Geborgenheit zu geben. Haseloff hingegen wirkt auch nach fünf Jahren in der Staatskanzlei fahrig. Statt auf den Punkt zu kommen, flieht er fortwährend Exkurse ein, die vorzugsweise historischer Natur sind oder sich mit den Vorzügen einer Statistik gegenüber einer anderen Statistik beschäftigen.

Für Kulturmenschen und Zahlenmenschen wie Haseloff können solche Exkurse, die Haseloff in schöner Regelmäßigkeit mit der Formulierung „Warum ich das jetzt erzähle:“ oder „Worauf will ich hinaus?“ in den Hauptstrom seines Redeflusses zurückleitet, sicherlich höchst interessant sein. Man wird jedoch nicht um die Feststellung herumkommen, dass sich der Politiker Reiner Haseloff mit seiner umständlichen Rhetorik bisweilen selbst im Weg steht.

Sein Katholizismus ist deutlich mehr als nur Fassade

Der Fahrigkeit seines Auftritts entgegen steht Haseloffs Stetigkeit in anderen Bereichen. Die Familie des verheirateten Vaters zweier Kinder und Großvaters von vier Enkeln lebte bereits in Wittenberg, als **Martin Luther** noch gar nicht in der Stadt war. Wegen seiner schlesischen Mutter

gehört Reiner Haseloff zu den ganz wenigen Katholiken in der Wiege der Reformation. Der Katholizismus Haseloffs ist deutlich mehr als eine gut gepflegte Fassade.

Seine entschieden christliche Gesinnung bestimmt das politische Denken Haseloffs, das sich ansonsten an zwei großen Konstanten orientiert: zum einen der Überzeugung, dass Sachsen-Anhalts Zukunft nach den harten Zäsuren des 20. Jahrhunderts davon abhängen wird, größere Unternehmen anzusiedeln. Um das zu erreichen, haben die Ministerpräsidenten Böhmer und Haseloff gemeinsam mit Finanzminister Jens Bullerjahn (**SPD**) in den vergangenen zehn Jahren den Landeshaushalt mit großer Disziplin saniert.

Die zweite Konstante ist die parteistrategische Überzeugung, dass die **CDU** in Sachsen-Anhalt nur den Ministerpräsidenten stellen wird, wenn sie sich die SPD als Koalitionspartner gewogen hält. Als Regierungschef ist es dem früheren Wirtschaftsminister Haseloff gelungen, zu den sozialdemokratischen Ministern verlässliche Arbeitsbeziehungen aufzubauen und einen Koalitionskrach wie in Thüringen zu verhindern.

Die etablierten Parteien verschanzen sich

Haseloff weiß, dass die SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde vermutlich ein rot-rot-grünes Bündnis schmieden würde, wenn sie die Gelegenheit dazu bekäme. Bis zum Sommer schien das auch die wahrscheinlichste Option. Haseloffs Chancen, weiter in der prächtigen Staatskanzlei in der Hegelstraße zu residieren, stiegen erst mit dem Aufkommen der **AfD**.

Innerhalb von nur sechs Monaten hat sich die AfD in den Umfragen von fünf Prozent auf bis zu 19 Prozent verbessert. Das änderte alles: Inzwischen muss Haseloff froh sein, wenn die etwas mehr als dreißig Prozent Zustimmung für seine Partei in den Umfragen zusammen mit der auf 15 Prozent abgestürzten SPD für eine Mehrheit im Landtag ausreichen.

Die Flüchtlingskrise stellt Sachsen-Anhalt nicht nur vor ein arithmetisches Problem bei der Koalitionsbildung. Sie deckt auf, wie dünn das Fundament ist, auf dem das politische System der Bundesrepublik im Osten Deutschlands steht. Statt sich auf die Marktplätze zu stellen, verschanzen sich die etablierten Parteien bei Veranstaltungen vorzugsweise in Sälen und Hotels, hinter Anmeldeformularen und Sicherheitsschleusen.

Haseloff schätzt Seehofer

Vom Steinmetz mit den Bismarck-Figuren lässt sich Reiner Haseloff zum nächsten Termin kutschieren. „Mein Büro und meinen Lebensraum“ nennt Haseloff den Fond seiner Limousine. Nacheinander oder auch gleichzeitig bearbeitet Haseloff dort Akten, sichtet Briefe, wechselt die Schuhe oder rasiert sein Gesicht. In knapp einer Stunde wird er zusammen mit **Horst Seehofer** in Halle an der Saale auf der Bühne stehen. Der CSU-Vorsitzende kommt nach Sachsen-Anhalt, um Wahlkampfhilfe zu leisten. Haseloff schätzt Seehofer. Auf den bayerischen Ministerpräsidenten sei Verlass, schwärmt er.

In den für Sachsen-Anhalt überlebenswichtigen Verhandlungen über die Neuordnung der Bundesländer-Finzen habe sich insbesondere Bayern immer solidarisch mit den ostdeutschen Ländern gezeigt, weil deren schlechte Finanzlage nicht selbst verschuldet, sondern historisch bedingt sei. Der gemeinsame Auftritt mit Seehofer soll auch zeigen: Gute Beziehungen zum wichtigsten Geberland hat Sachsen-Anhalt nur, solange die Union den Ministerpräsidenten stellt.

Vor allem aber dürfte der gemeinsame Wahlkampf mit Horst Seehofer symbolisieren, dass Haseloff den Kurs der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingskrise ebenso wenig teilt wie Seehofer. Haseloff ist derjenige Ministerpräsident der CDU, der Merkel zuerst widersprochen hat. Seit dem Herbst fordert Haseloff eine „Integrationsobergrenze“, weil Deutschland nicht mehr als 400.000 Flüchtlinge erfolgreich integrieren könne.

Schärfer könnte die Kritik nicht sein

Seit einigen Wochen tritt Haseloff auch für die zeitweise Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen ein. Der Vertrag von Schengen sei mittlerweile als „virtuelle Kiste“ entlarvt, und man müsse schließlich wissen, ob „jemand Melonen oder Sprengstoff geladen hat“, sagt Haseloff.

Man könnte auf den Gedanken kommen, dass Haseloff der Bundeskanzlerin bloß aus wahltaktischen Gründen widerspricht. Das stimmt nicht, wie sich etwa an seinem ständigen Gebrauch des Begriffes „Amtseid“ zeigen lässt. Es gibt kaum eine Rede Haseloffs, in der das Wort nicht fällt. Haseloff nennt das Wort zwar nie in direktem Zusammenhang mit dem Namen der Bundeskanzlerin, aber stets mit dem Zusatz, dass es einen „Amtseid“ dem deutschen Volk gegenüber gebe.

Haseloff vermeidet so das öffentliche Zerwürfnis mit Merkel, doch schärfer könnte seine Kritik nicht sein. Den jüngsten Auftritt Merkels in der Sendung „Anne Will“ empfand Haseloff auch nicht gerade als hilfreich: „Es gab nicht einmal den Versuch einer Annäherung an die Realität.“

Merkel ist zur Last geworden

Als Horst Seehofer den Saal betritt, kommt er gerade von einer Besprechung mit Merkel im Kanzleramt. „Ich freue mich, dass er bei der Kanzlerin war und hergekommen ist, um uns zu präsentieren, was herausgekommen ist“, ruft Haseloff Seehofer zur Begrüßung zu. „Aber jetzt Spaß beiseite.“ Auch dieser kleine Zusatz, den Haseloff hinterherschleift, offenbart die Verbitterung, mit der Merkels Politik auch von wohlmeinenden Unterstützern wie Haseloff mittlerweile betrachtet wird. Bei dem Treffen mit Merkel war (zumindest offiziell) gar nichts herausgekommen.

Für den Wahlkämpfer Haseloff ist Merkel mittlerweile nicht nur keine Hilfe mehr, sondern zur Last geworden. Auf Sachsen-Anhalt schlagen von der bundespolitischen Ebene herrührende Stimmungen mit voller Wucht durch. Es gibt in dem Bundesland keinen Wechselwunsch, und die Bürger wissen ausweislich der Umfragen mehrheitlich um Haseloffs Fleiß und Sachkunde. Trotzdem wird Haseloff froh sein müssen, wenn er nach der Wahl zusammen mit den Sozialdemokraten, möglicherweise unter Zuhilfenahme einer weiteren Partei, den Grünen oder der FDP, weiterregieren kann.

Wie die anderen Parteien agiert Haseloffs CDU im Wahlkampf merkwürdig gehemmt. Statt offensiv mit den Erfolgen der Landespolitik zu werben – Arbeitslosigkeit halbiert, Wegzug gestoppt, Haushalt saniert –, kann die AfD die Parteien vor sich hertreiben. Haseloff glaubt dennoch, dass es am Wahlabend für ihn reichen wird. Bis zum 13. März wird er Termin an Termin aneinanderreihen, damit er auch in den kommenden fünf Jahren weiter Termin an Termin reihen darf.

Quelle: F.A.Z.

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Wolfgang Schäuble](#) | [Bismarck](#) | [SPD](#) | [Sachsen-Anhalt](#) | [Horst Seehofer](#) | [Reiner Haseloff](#) | [AfD](#) | [Otto group](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

Seehofers Reisen

Auf glattem Parkett

China, Saudi-Arabien, Russland – und an diesem Freitag Ungarn: Auch in der CSU gibt es Unbehagen über Horst Seehofers außenpolitische Aktivitäten. **Mehr** Von ALBERT SCHÄFFER, MÜNCHEN
03.03.2016, 11:56 Uhr | Politik



<http://www.faz.net/-gzg-8eewd>
FAZJOB.NET LEBENSWEGE SCHULE  

FAZ.NET

F.A.Z.-E-PAPER

F.A.S.-E-PAPER

Anmelden Abo Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKE, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Wahl in Baden-
Württemberg
**Frankfurter Allgemeine
Rhein-Main**

Montag, 07. März 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

Frankfurt 5°


 POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE **RHEIN-MAIN**

Home > Rhein-Main > Kommunalwahl in Hessen: AfD vielerorts zweistellig

Kommunalwahl in Hessen

AfD landesweit drittstärkste Partei

Bei der Kommunalwahl hat die schwarz-grüne Koalition in Hessens größter Stadt Frankfurt ihre Mehrheit verloren. Für Aufsehen sorgen die Ergebnisse der AfD, die fast überall, wo sie angetreten war, auf zweistellige Prozentzahlen kommt.

06.03.2016, von **THORSTEN WINTER**

Anlage 6 TOP 1 Klausurtagung

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Aktualisiert: 07.03.2016, 08:13 Uhr

© DPA 

Tapetenwechsel: In Frankfurt werten Wahlhelfer hier Wahlscheine von Briefwählern aus

Das erste Trendergebnis aus einer hessischen Kommune ist aus Nordhessen. Bad Karlshafen hat am schnellsten ausgezählt. Dort kommt die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Stand auf gut ein Fünftel der Stimmen. „Ich hoffe mal, das gibt nicht den Trend für den Abend vor“, sagte Hessens Grünen-Chef Kai Klose darauf am Sonntag. Er sollte sich täuschen: Die AfD war zwar nur in 18 von 426 hessischen Gemeinden angetreten; fast überall aber kommt sie auf zweistellige Prozentsätze. Das gilt auch und gerade für Großstädte wie Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Gießen. Auffällig auch: Die FDP konnte sich vielerorts erheblich verbessern, etwa in Offenbach und Frankfurt.



Autor: Thorsten Winter,
Wirtschaftsredakteur in der Rhein-
Main-Zeitung. >
Folgen:  

Wie der Landeswahlleiter am frühen Montagmorgen in Wiesbaden bekanntgab, bleibt die CDU mit landesweit 28,2 Prozent stärkste Partei, knapp vor der SPD mit 28,0 Prozent. Drittstärkste Kraft im Land wird die AfD

mit 13,2 Prozent. Die Grünen kommen auf 11,6 Prozent.

Die Grünen verzeichnen mit einem landesweiten Minus von 6,7 Prozentpunkten den größten Verlust aller Parteien. Die CDU verliert im Vergleich zur letzten Kommunalwahl vor fünf Jahren 5,5 Punkte, die SPD 3,5 Punkte. Dagegen erholte sich die FDP deutlich und bekam landesweit 6,3 Prozent der Stimmen (plus 2,4), die Linke lag bei 3,7 Prozent (plus 1,0). Die Wahlbeteiligung

betrug 48,0 Prozent und war damit kaum höher als vor fünf Jahren (47,7 Prozent).

Die Wahlbeteiligung war jeweils recht schwach, in Frankfurt sogar so schlecht wie noch nie. In den Großstädten ging nicht einmal jeder Zweite zur Wahl.

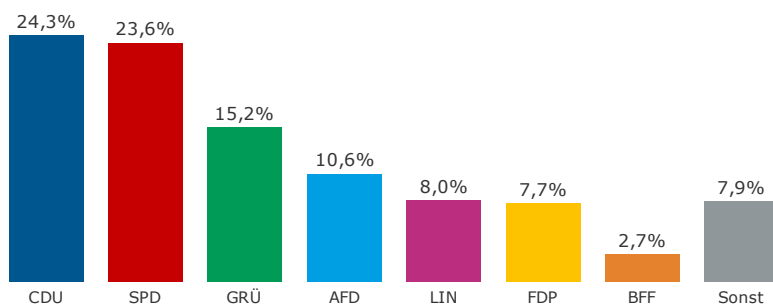
Wichtig: Bislang wurden in der Regel nur sogenannte Trendergebnisse gemeldet. Ausgezählt sind nur Stimmzettel, bei denen ein Wahlvorschlag unverändert angenommen worden ist (Listenkreuz). Stimmzettel ohne Listenkreuz sind noch nicht ausgewertet, wie es heißt.

SPD legt in Frankfurt leicht zu - AfD zweistellig

Nach Trendergebnissen aus allen 475 Wahlbezirken kommt die AfD in **Frankfurt** auf 10,3 Prozent. Sie ist damit viertstärkste Kraft in der größten Stadt Hessens. Die CDU, die vor fünf Jahren 30,5 Prozent erreichte, liegt bei 24,6 Prozent, die Grünen bei 15,2 Prozent nach 25,8 Prozent; die Partei hatte seinerzeit stark von der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima profitiert. Im jetzigen Wahlergebnis dürfte sich zum einen der Wegfall dieses Effekts und zweitens die Kritik an der Frankfurter Schulpolitik, die von den Grünen maßgeblich verantwortet wird, widerspiegeln.

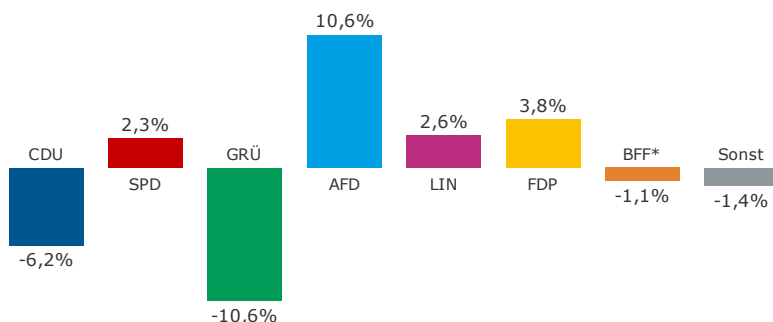
Kommunalwahl 2016 in Frankfurt

Trendergebnis ohne kumulierte und panaschierte Abstimmungszettel
(Stand: 6. März, 21:01 Uhr, Zwischenergebnis nach 390 von 475 Wahlbezirken)



© F.A.Z. / Quelle: Stadt Frankfurt

Gewinne und Verluste (Vergleich zur letzten Kommunalwahl 2011)



Wahlbeteiligung: 37,3% (Basis: 14 repräsent. Wahlbezirke / 2011: 42,4%)

BFF: 2011 noch als Teil der Freien Wähler

© F.A.Z. / Quelle: Stadt Frankfurt

Die Frankfurter SPD verbessert sich von 21,3 Prozent auf 23,5 Prozent, die Linke kommt auf 7,9 Prozent nach 5,4 Prozent. Die FDP vereinigt 7,8 Prozent auf sich nach 3,9 Prozent. Die Bürger für Frankfurt (BFF) holen laut Trendergebnis 2,8 Prozent der Stimmen, die Gruppe Ökolinx um Jutta Ditzfurth bringt es auf 1,9 Prozent nach 1,2 Prozent. Wahlbeteiligung: 38,9 Prozent.

„Die jetzige Konstellation hat keine Mehrheit mehr“, sagte Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD).

In der Landeshauptstadt **Wiesbaden** stehen nach allen 248 Wahlbezirken als Trendergebnis 23,5 Prozent für die CDU zu Buche, 24,2 Prozent für die SPD und 15,9 Prozent für die AfD, die damit drittstärkste Kraft ist. Die Grünen kommen in Wiesbaden auf 14,4 Prozent, die FDP verbucht 9,9 Prozent für sich, die Linke 6,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung wird mit 43,4 Prozent angegeben.

In **Offenbach** büßte die SPD, die den Rathauschef stellt, von knapp 31 Prozent auf 24 Prozent ein

und die CDU von 26,3 Prozent auf 23,6 Prozent. Die Grünen bleiben mit 14,4 Prozent nach 22,1 Prozent die drittstärkste Kraft vor der AfD, die auf 10,3 Prozent kommt. Die Linke verbucht 9,0 Prozent nach 5,5 Prozent für sich und die FDP 9,6 Prozent nach 5,1 Prozent.

Die Grünen in **Darmstadt** kommen nach allen 117 Wahlbezirken auf ein Trendergebnis von 31,0 Prozent nach 32,9 Prozent, die Christlichen Demokraten auf 18,1 Prozent nach 24,8 Prozent, die SPD verliert von 21,3 Prozent auf 15,1, die Linke erreicht nach 3,9 Prozent nun 6,5 Prozent, die örtliche Gruppierung Uffbasse 7,0 Prozent nach 6,5 Prozent. Die FDP verbessert sich auf 5,0 Prozent nach 3,2 Prozent. Und auch in Darmstadt ist die AfD zweistellig, mit 12,2 Prozent. Wahlbeteiligung: 47,8 Prozent.



© WONGE BERGMANN

Gutgelaunt: das Frankfurter FDP-Frauentrio Nicola Beer, Elke Tafel-Stein und Annette Rinn, die Spitzenkandidatin (v.l.)

In **Hanau** steht nach allen 112 Wahlbezirken die SPD mit 35,4 Prozent als stärkste Kraft zu Buche nach 36,5 Prozent vor fünf Jahren. An zweiter Stelle folgen die Christlichen Demokraten mit 21,9 Prozent nach knapp 27 Prozent vor den Republikanern mit 12,4 Prozent nach 4,2 Prozent. Die Grünen kommen auf 9,0 Prozent, die Liste BfH verbucht 8,6 Prozent für sich nach 7,1, die FDP 7,4 Prozent nach 4,7 und die Liste ALL 4,6 Prozent. Wahlbeteiligung: 38,6 Prozent.

Bouffier: Keine Testwahl

In der Universitätsstadt **Gießen** - der Heimat von Ministerpräsident Volker Bouffier - erreicht die CDU nach allen 75 Wahlbezirken 20,5 Prozent nach 26,5 Prozent vor fünf Jahren, die SPD verliert von 33,6 Prozent auf 27,8 Prozent. Drittstärkste Kraft ist aus dem Stand die AfD mit 15,5 Prozent, wobei im Laufe des Abends wie etwa auch in Frankfurt noch mehr zu Buche stand. Die Grünen verlieren von 20,4 Prozent auf 15,0 Prozent. Die Linke erreicht 8,8 Prozent nach 4,0 Prozent, die FDP verbessert sich von 3,6 Prozent auf 4,6 Prozent, während die Freien Wähler von 4,6 Prozent auf 3,9 Prozent verlieren. Nur 44,9 Prozent der Wahlberechtigten gingen in Gießen auch zur Wahl. In der Stadt befindet sich seit Jahrzehnten die größte Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Hessen.

Bouffier hatte schon vor dem Urnengang die Losung ausgegeben, die Kommunalwahl sei keine Testwahl für Abstimmungen über höhere politische Ebenen. Das sei sie „ganz sicherlich nicht“, meinte er in Gießen.



© DPA

„Keine Testwahl“: Ministerpräsident Volker Bouffier

In **Bad Homburg** konnte sich die CDU anders als in anderen Städten von 40,3 Prozent auf 43,2 Prozent verbessern und die SPD von 14,6 Prozent auf 15,4 Prozent. Auch die FDP legte zu, von 7,1 Prozent auf 10,5 Prozent. Die Grünen verloren von 23,6 Prozent auf 13,1 Prozent. Die AfD erreichte 6,1 Prozent, ein Zehntel weniger als die Liste BLB.

Während in **Wölfersheim** dieses Mal keine rechtsextreme Partei Stimmen erhielt - die NPD trat nicht mehr an -, war es in **Büdingen** anders. In dieser

Wetterau kam die NPD auf 14,2 Prozent, während die CDU von 27,8 Prozent auf 21,8 Prozent fiel und die SPD von 25,5 Prozent auf 18,3. Auch die Grünen büßten ein, von 12,7 Prozent auf 7,3 Prozent, während die FWG von 22,8 Prozent auf 27,2 Prozent kletterte. Büdingen hat eine der größten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Hessen.

Dass nicht Flüchtlinge, sondern Windräder und die Diskussion darüber bisweilen stark wahlbeeinflussend sein können, zeigte sich in **Neu-Anspach**. Dort schoss die Initiative Naturpark ohne Windräder (B-NOW) von Null auf 30,8 Prozent. Die CDU stürzte von 43,7 Prozent auf 28 Prozent an, die SPD verlor von 22,7 Prozent auf 16,2 Prozent und die Partei der Grünen verlor mehr als Hälfte ihres Anteils: von 19,5 Prozent auf 7,6 Prozent.

Das Bündnis aus SPD und Grünen in **Kassel** muss nach dem Trendergebnis um die Fortsetzung der Koalition bangen. Nach Auszählung der Stimmzettel, bei denen eine Liste angekreuzt wurde,

kamen SPD und Grüne laut dpa zusammen auf lediglich 33 der 71 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Die AfD schaffte aus dem Stand 12,2 Prozent und kann mit 9 Sitzen rechnen. Die CDU schaffte dem Zwischenergebnis zufolge 15 Sitze, die Linke 7 Sitze. Das endgültige Ergebnis der Kommunalwahl wird voraussichtlich erst am Donnerstag vorliegen.

Mehr zum Thema

- Der Knall ist hörbar: Kommentar zur Kommunalwahl in Hessen >
- Schweigsame Aufsteiger am Wahlabend: AfD in Frankfurt >
- Wahllokale in Hessen geschlossen: Tagelange Auszählung läuft >
- Mehr Wähler bei Kommunalwahlen in Hessen als 2011: Beteiligung aber schwach >
- Beiseitestehen? An die Wahlurnen! Kommentar zur hessischen Kommunalwahl >
- Wahlergebnisse aus den Gemeinden und Landkreisen >

In Fulda verlor die CDU im Kreistag erstmals die absolute Mehrheit. Dort kam die AfD mit dem ehemaligen

CDU-Mann Martin Hohmann auf 15 Prozent der Stimmen. Die CDU hatte Hohmann vor zwölf Jahren wegen einer als antisemitisch eingestuften Rede aus ihren Reihen ausgeschlossen. In der Stadt Fulda verlor die CDU von 51 Prozent auf 43,2 Prozent, während die Republikaner sich von 1,8 Prozent auf 8,7 Prozent verbesserten. Die SPD büßte von 18,7 Prozent auf 15,5 Prozent, die Partei der Grünen von 17,8 Prozent auf 11,7 Prozent.

Schäfer-Gümbel für Wahlrechtsreform

Die AfD strebt nach den Worten ihres Sprechers Peter Münch keine Koalitionen in Kommunalparlamenten an. Für eine so junge Partei wie die AfD sei es gut, erst einmal aus der Opposition heraus zu agieren, sagte er laut dpa am Wahlabend.

Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel hat die deutlichen Stimmengewinne der rechtspopulistischen AfD bei der Kommunalwahl als sehr bedauerlich bezeichnet. Die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland (AfD) werde nun auch in den nächsten Jahren weitergehen, sagte Schäfer-Gümbel am Sonntagabend in Gießen. Das Land müsse zusammengehalten werden.

Er sprach sich für eine Reform des Wahlrechts bei Kommunalwahlen aus. Es sollte über deutliche Zugangshürden nachgedacht werden. Eine Fünf-Prozent-Hürde wie bei Landtagswahlen gibt es bei Kommunalwahlen nicht. Beim Urnengang vor fünf Jahren hatten die Sozialdemokraten 31,5 Prozent der Stimmen in Hessen gewonnen.

Minister Schäfer: AfD verschwindet wieder

Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) rechnet nicht mit einer Etablierung der AfD im hessischen Parteienspektrum. Bei der Kommunalwahl 1993 sei eine ähnliche Situation gewesen, als die Themen Zuwanderung und Asylrecht die Menschen emotional bewegt hätten, sagte Schäfer am Abend in

Gießen. Das habe dann die Republikaner in vergleichbaren Größenordnungen in die Parlamente gebracht. „Und die sind danach auch wieder verschwunden“, sagte er.

Linken-Chefin Heidemarie Scheuch-Paschkewitz ist mit den ersten Wahlrends ihrer Partei bei der hessischen Kommunalwahl zufrieden. Nach den Ergebnissen habe sich die Linke durchweg verbessert, sagte die Parteivorsitzende am Sonntagabend in Homberg.



© WOLFGANG EILMES

Anspannung: Die CDU-Dezernenten (v.l.) Daniela Birkenfeld, Uwe Becker (3. von links) und Jan Schneider (rechts) verfolgen die Stimmauszählung gemeinsam mit den Ministern

In Bad Karlshafen hat keine der großen Parteien die Nase vorn. Nach Angaben des Wahlleiters konnte die **CDU** 17,2 Prozent der Stimmen holen nach 27,3 Prozent vor fünf Jahren. Die SPD kommt auf 22,1 Prozent nach 33,5 Prozent. Die Freien Wähler (FWG) haben 38,3 Prozent bekommen, 2011 waren es 39,2 Prozent gewesen.

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (**AfD**), die erstmals antrat, erreichte auch dem Stand

Schmidtsenning gemeinsam mit den Fraktionen Boris Rhein (Mitte) und Michael Boddenberg (2. von rechts)

22,3 Prozent. Ausgezählt sind nur Stimmzettel, bei denen ein Wahlvorschlag unverändert angenommen worden ist (Listenkreuz). Stimmzettel ohne

Listenkreuz sind noch nicht ausgewertet, wie es heißt. Knapp 52 Prozent der Berechtigten gingen zur Wahl.

Nur sechs Sekunden nach Bad Karlshafen hat das Trendergebnis aus **Neuenstein** vorgelegen. In der Gemeinde im Nordosten Hessens haben sich 57,8 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. In Neuenstein traten nur CDU und SPD an. Die Union vereinigte 60,4 Prozent nach 59,2 Prozent, die SPD 39,6 Prozent nach 40,8 Prozent auf sich.

Starke Freie Wähler legen zu

Um 18.56 Uhr und damit nur elf Minuten nach Bad Karlshafen hat die Gemeinde **Jossgrund** aus dem Main-Kinzig-Kreis ihr Trendergebnis gemeldet. Dort kommt die CDU auf 25,7 Prozent nach 38,4 Prozent, die SPD legte leicht von 15,4 auf 16 Prozent zu. Die Freien Wähler verbesserten sich offenkundig zu Lasten der Union von 46,1 Prozent auf 58,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag in Jossgrund bei 65,5 Prozent.



© WONGE BERGMANN

Bedient: Manuel Stock, Fraktionschef der Grünen im Frankfurter Rathaus Römer

Wie in Jossgrund ist auch in **Ortenberg** in der Wetterau die AfD gar nicht erst angetreten. Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten gingen dort zu den Wahlurnen. Das Listenkreuz setzten 26,8 Prozent bei der CDU nach 29 Prozent vor fünf Jahre, 41,9 Prozent bei der SPD, die 2011 auf 41,4 Prozent kam. Die örtliche Gruppierung BiO erreichte 10,8 Prozent nach 16,3 Prozent, die FWG 20,5 Prozent nach 13,3 Prozent. Dieses Ergebnis ging gegen 19 Uhr ein.

Bürgerleuten unterschiedlich erfolgreich

Kurz zuvor meldete **Rosenthal** im Kreis Waldeck-Frankenberg 55 Prozent für die CDU nach 44,6 Prozent vor fünf Jahren, 19,8 Prozent für die SPD (20,6) und 25,2 Prozent nach 34,9 Prozent für die örtliche Bürgerliste Roda.

Ebenfalls seit 19 Uhr ist das Trendergebnis für **Hirschhorn** am Neckar bekannt. Demnach hat die Union in der südhessischen Gemeinde von 38,5 Prozent auf 24,8 Prozent verloren, die SPD von 31,1 Prozent auf 35,2 Prozent gewonnen und die Gruppierung Profil Hirschhorn sich von 30,4 Prozent auf 39,9 Prozent verbessert.

Quelle: FAZ.NET

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [AfD](#) | [CDU](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben [»](#)

Weitere Empfehlungen

Kommunalwahlen

Zwischenzeugnis für die schwarz-grüne Landesregierung

Die Landtagsparteien versuchen, im Ergebnis der Kommunalwahl am 6. März kein Urteil für die eigene Arbeit zu sehen. Dennoch müssen die Ergebnisse als Zwischenzeugnis gedeutet werden.

Mehr > Von RALF EULER, WIESBADEN
24.02.2016, 12:07 Uhr | Rhein-Main



Anzeige

<http://www.faz.net/-gpf-8e0ki>

 STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE  

FAZ.NET

F.A.Z. - E-PAPER

F.A.S. - E-PAPER

Anmelden Abo Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKE, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Frankfurter Allgemeine Wahl in Sachsen-Anhalt

Dienstag, 15. März 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

 POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home > Politik > Wahl in Sachsen-Anhalt > Linke in Sachsen-Anhalt: Ein Opfer der Flüchtlingskrise

Linke in Sachsen-Anhalt

Ein Opfer der Flüchtlingskrise

Vor einem Jahr galt Wulf Gallert von der Linkspartei als zukünftiger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt - doch dann kamen die Flüchtlingskrise und der Aufstieg der AfD.

26.02.2016, von **REINHARD BINGENER**, BERNBURG

Anlage 7 TOP 1 Klausurtagung

 Teilen Twittern Teilen E-mailen

Veröffentlicht: 26.02.2016, 13:36 Uhr

© DPA 

Alle guten Dinge sind drei: Wulf Gallert tritt in Sachsen-Anhalt wieder als Spitzenkandidat der Linkspartei an. Ob es diesmal für eine Regierungsbeteiligung reicht, ist angesichts des AfD-Erfolgs fraglich.

Herr Gallert, meine Stimme haben Sie!“, ruft die Frau mit der geblühten Bluse und springt von ihrem Platz auf, als Wulf Gallert das Café am Bernburger Karlsplatz betritt. Die Worte hellen seine Laune sichtbar auf. Die Begeisterung Gallerts über die Begeisterung der Frau klingt allerdings auch rasch wieder ab, als diese beginnt, über „dieses westdeutsche Wahlsystem“ herzuziehen. Gallert guckt auch beklommen, als die Frau im Anschluss daran erklärt, warum sie es nicht nachvollziehen könne, dass Menschen aus den schönen Plattenbauten in Halle-Neustadt ausziehen und sich stattdessen in den sanierten Bauten der Altstadt Halles einmieten.

-  Eigentlich sollte Wulf Gallert neuer Ministerpräsident werden - doch dann kamen die Flüchtlinge
-  Ein Opfer des AfD-Erfolgs. Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt resigniert



Autor: Reinhard Bingener, Politischer Korrespondent für Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen mit Sitz in Hannover. >

Folgen: 

Dem Spitzenkandidaten der **Linkspartei** mögen solche Präferenzen persönlich fremd sein. Aber zur Wahrheit der Landtagswahl am 13. März gehört auch, dass die Stärke der Linkspartei in Sachsen-Anhalt noch immer

zu einem Gutteil auf einer Wählerschaft beruht, die bis heute sehnstuchtsvoll der DDR nachhängt.

Mehr zum Thema

- Ein Sozialdemokrat, der mit Geld umgehen kann >
 - Landtagswahlen: Nur die AfD legt zu >
 - Wie ein NPD-Kandidat die Welt sieht >
- Den Vorwurf, dass er selbst mit der

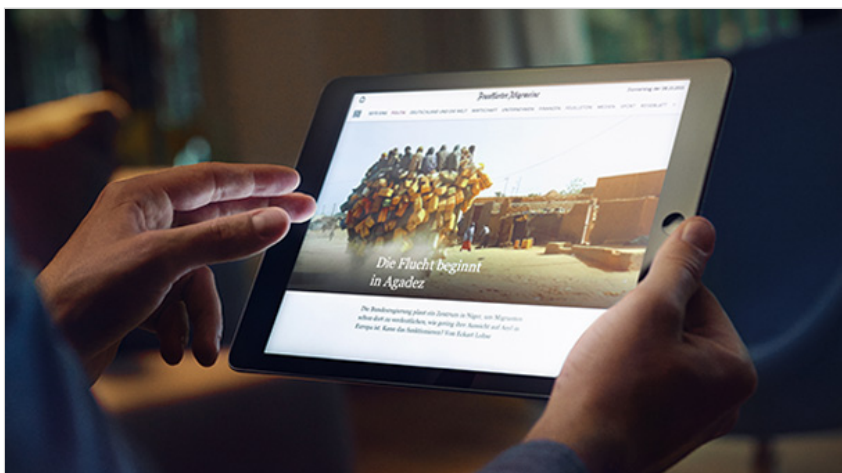
sozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hätte, muss sich Gallert im Wahlkampf nicht einmal von der **CDU** anhören. Der 52 Jahre alte Pädagoge gilt als einer der Politiker, die bewirkt haben, dass die Linkspartei in Sachsen-Anhalt seit Jahren als relativ unideologische, pragmatische Bewegung auftritt. Gallert, der als junger Mann einst der SED angehörte, sitzt seit mittlerweile 22 Jahren als Abgeordneter im Magdeburger Landtag. Von Anbeginn setzte Gallert nicht auf Opposition, sondern auf Mitgestaltung. Im „Magdeburger Modell“, der von der PDS tolerierten SPD-Minderheitsregierung von 1994 bis 2002, war Gallert bereits der Strippenzieher.

Seit dem Scheitern dieses Modells versucht Gallert, selbst Ministerpräsident zu werden. Die **Landtagswahl** am 13. März ist bereits sein dritter Versuch als Spitzenkandidat. Gallert hält sich zwar bedeckt, aber Beobachter sind sich sicher, dass es einen vierten Versuch nicht geben wird. Im Landtag sei Gallert anzumerken, dass er seine Reden als Oppositionsführer langsam selbst nicht mehr hören könne.

Und dann kam die Flüchtlingskrise

Die Voraussetzungen für einen Erfolg Gallerts sind - zumindest im Prinzip - allerdings günstig wie nie zuvor. Sowohl die Grünen als auch die **SPD** signalisieren Bereitschaft, nach Bodo Ramelow in Thüringen den zweiten Ministerpräsidenten der Linkspartei zu wählen. Und die Linkspartei räumt parteiintern Hindernisse für ein solches Bündnis aus dem Weg: Gudrun Tiedge, die als Jugendstaatsanwältin und Stasi-IM der SED-Diktatur eine tatkräftige Stütze war, wird dem künftigen Landtag nicht mehr angehören. In einem Vier-Parteien-Parlament mit Linkspartei, SPD, Grünen und CDU hätte Wulf Gallert so gute Aussichten, den Haustürschlüssel der Staatskanzlei bei sich in der Hosentasche zu tragen. Vor kaum einem Jahr galt das auch als wahrscheinlichstes Szenario.

Doch dann kamen die **Flüchtlinge**. Wie die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt auf diesen Zustrom reagiert, bekommt Gallert bei seinem Rundgang in Bernburg auf Schritt und Tritt zu spüren. Landesvorsitzende Birke Bull, die in der Kleinstadt als Direktkandidatin antritt, hat sich für ihren Spitzenkandidaten ein „Experiment“ ausgedacht. Statt an einem Wahlkampfstand herumzustehen und Kugelschreiber zu verteilen, soll Wulf Gallert von einem Geschäft ins nächste ziehen und mit dem Personal ins Gespräch kommen. „Das ist ein Experiment“, sagt Birke Bull. „Ich weiß nicht, was passiert.“ Den Ausgang dieses Experiments wird Gallert später „bedrückend“ nennen.



Die neue digitale Zeitung F.A.Z. PLUS

Die ganze F.A.Z. in völlig neuer Form, mit zusätzlichen Bildern, Videos, Grafiken, optimiert für Smartphone und Tablet. Jetzt gratis testen.

Mehr erfahren

Dabei stellt sich Gallert eigentlich ganz geschickt an. Er kann auf Menschen zugehen, freihändig ein Gespräch beginnen, ohne aufdringlich zu sein, und die Gespräche dann allmählich auf die Inhalte lenken, die seiner Partei wichtig sind: Mindestlohn, Angleichung der Renten, billige Kita-Plätze. Themen, die am Alltag vieler Menschen in Bernburg eigentlich nah dran sein müssten. Doch Gallert läuft regelmäßig gegen eine Mauer aus Desinteresse. „Ich interessiere mich nicht für Politik“, lässt ihn eine junge Verkäuferin im Manga-Look barsch wissen. Gallert versucht es noch einmal, direkt mit dem Reizthema Flüchtlinge. Nein, von denen sei kaum etwas zu sehen, erklärt die Verkäuferin - „nur, wenn es Geld gibt“.

Erste Wahl: die AfD

Auf der Straße spricht Gallert ein Paar mit zwei kleinen Kindern an. Thema: Vereinbarkeit von Arbeit und Familie. Gallert registriert sich überschneidende Ansichten. Immerhin. Politisch Farbe bekennend der junge Vater, ein 38 Jahre alter Kfz-Meister, allerdings erst, als Gallert ein paar Schritte weg ist. Zu einer Wahl sei er noch nie gegangen, erklärt er. Aber am 13. März werde er wohl doch gehen. Seine Wahl: die AfD. „Schauen Sie sich mal um, wer hier inzwischen so herumläuft.“ Tatsächlich ist in der Fußgängerzone weit und breit kein Flüchtling zu sehen. Stattdessen Jugendliche in Militärkleidung mit Ohrringen mit Ritterkreuzen. Ausländer gibt es in Bernburg ebenfalls nur wenige. „Die brauchen sich alle nicht zu wundern. Wer so viel Geld verpulvert!“

Gallert betritt ein Optikergeschäft. Der Inhaber zeigt sich mit der Entwicklung Sachsen-Anhalts insgesamt zufrieden. „Hier hat sich einiges getan in der Gegend. Es sind neue Arbeitsplätze entstanden.“ In der Fußgängerzone, erklärt der Optiker, gebe es einigen Leerstand. „Das wirkt zwar marode, aber es wird langsam besser.“ Zwischen Gallert und dem selbständigen Unternehmer kommt ein Gespräch über Wirtschaftspolitik zustande. Man hat den Eindruck, dass hier zwei vernünftige Leute aus verschiedenen Richtungen nach Schnittmengen suchen.

Wie sich die Situation parteipolitisch tatsächlich darstellt, wird auch hier erst klar, nachdem Gallert den Laden verlassen hat. „Ich bin CDU-Wähler gewesen, aber das wird nicht noch einmal passieren“, erklärt der Optiker. Er werde die AfD wählen. „Und ich kenne viele Leute, die es ebenso machen.“ Dass selbständige Unternehmer wie er selbst mit dem Gerichtsvollzieher gegen den AfD-Spitzenkandidaten André Poggenburg vorgehen mussten, um an ihr Geld zu kommen, stört den Optiker nicht. „Das wird eine Protestwahl.“ Im Prinzip, findet der Mann, habe die in Sachsen-Anhalt regierende CDU „gar nicht viel falsch gemacht“. Am 13. März aber gehe es ihm um die Flüchtlinge. „Ich sehe jeden Tag, was hier für junge kräftige Männer durch die Straßen laufen. Frauen und Kinder sehe ich leider nicht.“ Die 17 Prozent, die Umfragen zuletzt für die AfD auswiesen, hält der Optiker noch für untertrieben.

Kein Verständnis für „Wohlstandschauvinismus“

Gallert schaut konsterniert, als er draußen auf der Straße erfährt, dass er auch hier mit einem AfD-Anhänger gesprochen hat. Dass der Mann seine Linkspartei nicht wählen wird, war Gallert durchaus klar. Aber dass jetzt schon die obere Mittelschicht eine Partei wählt, auf deren Kundgebungen Journalisten angegriffen werden und im Chor Sprüche gerufen werden der Sorte „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“, erschüttert Gallert. „Wodurch geht es diesem Mann jetzt genau schlechter, dass Flüchtlinge gekommen sind?“ Für Vorbehalte einfacher Leute habe er Verständnis, nicht aber für „Wohlstandschauvinismus“, sagt Gallert. „Uns war schon klar, dass im Osten alles noch etwas heißer gegessen wird als in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. Aber wir wussten nicht, dass es diese extremen Ausmaße annimmt.“ Für Gallert ist der Wahlkampf mittlerweile zur „Grundwertedebatte“ geworden.

Nur war Gallert ursprünglich nicht angetreten, um Grundwertedebatten zu führen. Er wollte Ministerpräsident werden. Das Erstarken der AfD hat Gallerts Aussichten auf Rot-Rot-Grün auf ein Minimum schrumpfen lassen. Keine der jüngsten Umfragen wies mehr eine Mehrheit links von der Union aus. „Die Flüchtlingsfrage rettet Haseloff“, konstatiert Gallert. Aufgegeben hat er sein Ziel noch nicht. Die erforderliche Verschiebung von drei Prozentpunkten zugunsten des linken Lagers sei angesichts von fast einem Drittel unentschlossener Wähler drin. „Rot-Rot-Grün ist möglich.“

Ursprünglich sollte „Flüchtlingsfreund“ auf Plakaten stehen

Als Beleg dafür, dass die Linkspartei noch nicht aufgegeben hat, könnte man auch die Plakate werten, die Gallert reichlich Spott eingebracht haben: Wulf Gallert wird der Wählerschaft in Sachsen-Anhalt großflächig als „Frauerversteher“ angedient. Frauerversteher - um angesichts des Flüchtlingsthemas überhaupt noch zum Wähler vorzudringen, scheint kein Preis zu hoch. Gallert lächelt gequält, wenn man ihn auf das Plakat anspricht, das ihm vermutlich sein Leben lang nachhängen wird. „Ironisch, aber nicht klamaukig“ findet Gallert. Außerdem gebe es auch noch die anderen Plakate, auf denen der Spitzenkandidat der Linkspartei als „Wirtschaftskenner“ und „Brückenbauer“ vorgestellt werde. Gallert erzählt, dass statt „Brückenbauer“ auf den Plakaten ursprünglich „Flüchtlingsfreund“ hätte stehen sollen. Angesichts der Stimmung im Land sei man davon allerdings abgerückt. „Man sollte selbst keine Missverständnisse organisieren“, begründet Gallert die Entscheidung.

Zumindest endet der Wahlkampf in Bernburg erfreulich für Gallert. Zum Abschluss begegnet ihm ein älterer Herr, der Gallert am 13. März mit Sicherheit seine Stimme geben wird. Wie sich herausstellt, handelt es sich um den Ehemann der Frau, die ein Leben in der Platte jedem sanierten Altbau vorziehen würde. Gar nicht zufrieden ist der Herr allerdings mit Gallerts Plakaten. „Die Fotos sind eine Katastrophe - warum hat man Gallert denn oben so abgeschnitten? Der hat doch noch Haare, die hätte man doch ruhig zeigen können!“ Der Frauerversteher genießt und schweigt.

Quelle: F.A.Z.

[↑ Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Wulf Gallert](#) | [Landtagswahl](#) | [Sachsen-Anhalt](#) | [AfD](#) | [Flüchtlinge](#) | [Wahlkampf](#) | [CDU](#) | [Die Linke](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben [›](#)

Weitere Empfehlungen

Untergang der SPD

Zerfleddert und gerupft

In Sachsen-Anhalt droht der SPD eine historische Niederlage. Die Schuld für den Untergang sucht Spitzenkandidatin Katrin Budde allerdings bei anderen. [Mehr](#) [›](#) Von REINHARD BINGENER, MAGDEBURG
09.03.2016, 18:32 Uhr | Politik



Anzeige

Das EcoProfi-Team. Starkes Leasing-Angebot.

Stark im Job. Stark im Preis. Leasing jetzt ab 139,- €¹ für Gewerbetreibende. [Mehr](#) [›](#)



powered by plista [▶](#)

Landtagswahlen

Wähler in Sachsen-Anhalt äußern sich zur AfD

Die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt liegt aktuell bei mehr als 47 Prozent. Der Spitzenwert von 71,5 Prozent wie 1998 am Ende des Wahltages dürfte diesmal nicht mehr erreicht werden. Die AfD näherte sich in Sachsen-Anhalt sogar der 20-Prozent-Marke. [Mehr](#) [›](#)
13.03.2016, 17:48 Uhr | Politik



Anzeige

Du willst endlich dein Englisch auffrischen?

Frische jetzt spielerisch dein Englisch auf, mit Babbel macht es Spaß & funktioniert. Jetzt starten! [Mehr](#) [›](#)



powered by plista [▶](#)

Neue Spitze bei der CDU

Wer ist Siegfried Borgwardt?

Nach der Landtagswahl ordnet sich die CDU neu: Der 58-jährige Siegfried Borgwardt übernimmt den Posten als Fraktionsvorsitzender. Eine große Mehrheit stimmte für den bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion. Borgwardt löst damit André Schröder ab. Der wird indes schon als Minister gehandelt.



Anlage 8 TOP 1 Klausurtagung

Bildrechte: dpa

Siegfried Borgwardt ist neuer Chef der CDU-Fraktion im Magdeburger Landtag. Der 58-jährige wurde am Dienstag von der neuen Fraktion mit großer Mehrheit zum Nachfolger von André Schröder gewählt. Der 46-jährige Schröder war nicht erneut angetreten. Er wird fraktionsintern als Minister gehandelt.

Politiker und passionierter Koch



In Gräfenhainichen befindet sich Borgwardts Wahlkreisbüro.

Bildrechte: MDR/Oliver Hauswald

Borgwardt war in den vergangenen fünf Jahren Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Er stammt aus Naumburg, lebt aber seit vielen Jahren in Reuden bei Zerbst. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter. Zu DDR-Zeiten arbeitete Borgwardt als Matrose in der Hochseefischerei und anschließend als Elektromonteur in den Leuna-Werken. Der CDU trat er schon 1979 bei, übernahm zunächst verschiedene haupt- und ehrenamtliche Funktionen, unter anderem als Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes in Wittenberg.

Seit 2011 sitzt der evangelisch getaufte Christdemokrat für seine Partei im Landtag. In Borgwardts Wahlkreis Jessen im östlichen Sachsen-Anhalt leben etwa 50.000 Menschen. Als Abgeordneter will er sich vor allem um eine Senkung der Kita-Beiträge und den Abschluss der Deich-Bauarbeiten kümmern. Außerdem kämpft er für eine Weiterführung der B6n in Richtung Wittenberg.

Neben seiner politischen Arbeit koche er leidenschaftlich gern, schreibt Borgwardt auf

seiner Homepage. Außerdem sei er Sportschütze und spiele in seiner Freizeit gern Skat.

Markus Kurze rückt als Geschäftsführer nach

Borgwardts bisherigen Posten als Parlamentarischer Geschäftsführer übernimmt Markus Kurze aus Burg. Gabriele Brakebusch ist als stellvertretende Fraktionschefin bestätigt worden. Zum neuen Fraktionsvize wurde zudem der bisherige wirtschaftspolitische Sprecher Ulrich Thomas aus Quedlinburg gewählt. Die CDU war bei der Landtagswahl trotz leichter Verluste stärkste Kraft geblieben und stellt künftig 30 Abgeordnete im Parlament.

Zuletzt aktualisiert: 15. März 2016, 14:34 Uhr

Neue Führung bei SPD

Wer ist Katja Pähle, wer ist Jörg Felgner?

Bei der SPD in Sachsen-Anhalt treten nach der verheerenden Wahlniederlage Politiker in die zweite Reihe, die die Partei seit der Wende geprägt haben. Spitzenkandidatin Katrin Budde kündigte an, nicht mehr als Landesparteivorsitzende und Fraktionschefin zu kandidieren. Auch Finanzminister Jens Bullerjahn zieht sich aus der aktiven Politik zurück. Neue SPD-Landesvorsitzende soll Katja Pähle werden, zunächst kommissarisch. Jörg Felgner will neuer Fraktionschef werden.



Bildrechte: dpa

Die SPD in Sachsen-Anhalt steckt in der größten Krise seit ihrer Gründung 1989. Bei der Landtagswahl am Sonntag bekam die Partei nur noch 10,6 Prozent der Stimmen. Das ist ein historisch niedriger Wert. Nach dem Rücktritt von Partei- und Fraktionschefin Katrin Budde sollen nun zwei Politiker die SPD aus der Krise führen: Katja Pähle und Jörg Felgner.

Pähle steht eher für ruhige Töne

Die neue kommissarische SPD-Landesvorsitzende Katja Pähle ist 38 Jahre alt und kommt aus Halle. Sie ist seit 2006 SPD-Mitglied und sitzt seit 2011 im Landtag. Zu Beginn ihrer politischen Arbeit war sie Referentin der damaligen Sozialministerin Gerlinde Kuppe, die als Förderin von Pähle gilt. Zu ihren Themen im Landtag zählt vor allem die Hochschulpolitik. Bei den ersten Rücktrittsforderungen an Spitzenkandidatin Katrin Budde nach der Wahlniederlage hielt sich Pähle im Hintergrund. Das passt zu ihrer eher ruhigen und sachlichen Art als Politikerin.

Felgner will neuer SPD-Fraktionschef werden

Zweite neue Führungsfigur soll Jörg Felgner werden, der sich am Dienstag zum neuen Fraktionschef wählen lassen will. Wenn er sich bei der Kampfabstimmung gegen den Landtagsabgeordneten Andreas Steppuhn durchsetzt, wird er das Amt antreten. Der gebürtige Sachse ist 43 Jahre alt und bislang Staatssekretär im Finanzministerium, wo er unter Jens Bullerjahn tätig ist. Er gilt dort als der Mann, der die Sparpolitik von Bullerjahn in die Praxis umsetzt.

Schon länger werden ihm Ambitionen auf höhere Ämter in Regierung und Partei nachgesagt. Felgner hatte nach der SPD-Niederlage umgehend Druck auf Budde aufgebaut und gesagt, notfalls werde er bei der Abstimmung für den Fraktionsvorsitz gegen Budde kandidieren.

Wenn Pähle und Felgner tatsächlich gewählt werden, steht ihnen die Aufgabe zu, der SPD in der möglichen Koalition mit CDU und den Grünen Profil zu geben und die weitere Talfahrt in der Wählergunst zu stoppen.



Bildrechte: MDR/Luca Deutschländer

SPD nach der Wahlniederlage

Katrin Budde tritt zurück

Stühlerücken bei der SPD: Landesparteichefin Katrin Budde legt ihre Ämter nieder. Als Fraktions- und Parteichefin kandidiert sie nicht mehr. Die Partei muss beide Ämter neu besetzen, Nachfolger stehen schon bereit.

Zuletzt aktualisiert: 15. März 2016, 12:55 Uhr

Möglicher Gallert-Nachfolger

Wer ist Swen Knöchel?

Wulf Gallert ist das Gesicht der Linkspartei in Sachsen-Anhalt. Nach der Wahlschlappe vom Sonntag zog der Spitzenkandidat Konsequenzen und kündigte an, den Fraktionsvorsitz abzugeben. Nachfolger soll Swen Knöchel aus Halle werden. Doch wer ist Swen Knöchel?



Bildrechte: MDR/Isabell Hartung

Die Fraktion einer Partei im Landtag ist quasi das "Machtzentrum". Sie fällt wichtige inhaltliche Entscheidungen, die für die Arbeit in einer Regierungskoalition oder als Opposition notwendig sind. Derjenige, der die Fraktion führt, ist damit der "Steuermann" oder die "Steuerfrau". Ein wichtiger Posten also. Wulf Gallert will dieses Amt nun aufgeben. Seit zwölf Jahren ist er Fraktionsvorsitzender der Linken in Sachsen-Anhalt, doch jetzt zieht er die Konsequenzen aus seiner Wahlniederlage am vergangenen Sonntag. Gallert kündigte an, für das Amt nicht mehr zu kandidieren. Ein neuer Name ist im Gespräch - Swen Knöchel aus Halle.

Wer ist Swen Knöchel?

Swen Knöchel ist ein "waschechter" Hallenser. Geboren wurde er in der Stadt an der Saale 1973. Auch heute lebt er dort. Knöchel kennt sich aus in Finanzfragen; erste Sporen verdiente er sich während seiner Ausbildung im Finanzamt Halle. 1999 bis 2003 nahm er nebenberuflich ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Verwaltungs-und Wirtschaftsakademie Halle auf. Einige Jahre danach studierte er an der Fachhochschule für Finanzen in Königs Wusterhausen. Am Ende hatte er sein Diplom als Finanzwirt in der Tasche.

1990 trat Knöchel in die PDS ein, 2007 wurde er zum Stadtvorsitzenden des Stadtverbandes DIE LINKE in Halle gewählt. 2009 schaffte er es in den Stadtrat, zwei Jahre später dann auch in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Dass seine Heimat Halle ist, zeigten seine Ambitionen 2012, als er als Kandidat der Linken für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte. Das

Rennen um den Posten im halleschen Rathaus machte der parteilose Bernd Wiegand.



Halle - Knöchels Geburts-und Wohnstadt

Bildrechte: MDR/Daniela Höhn

Finanzpolitischer Sachverstand im Landtag

Swen Knöchel ist finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag. Dort sitzt er in verschiedenen Ausschüssen, so etwa im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss. Neben seiner Abgeordnetentätigkeit engagiert sich der 42-Jährige in diversen Verbänden und Vereinen, zum Beispiel im Kommunalpolitischen Forum Sachsen-Anhalt, der Deutschen Steuergewerkschaft oder der Singschule Halle.

Eine Entscheidung, ob Knöchel neuer Fraktionsvorsitzender der Linken wird, soll es am Dienstag noch nicht geben. Ein Ergebnis soll es voraussichtlich in der kommenden Woche geben.

Zuletzt aktualisiert: 15. März 2016, 13:50 Uhr

Hasi on

Wie Sachsen-Anhalts Ministerpräsident im Wahlkampf Statur gewonnen hat / Von Reinhard Bingener

Reiner Haseloff hat in den vergangenen Monaten sichtlich an Statur gewonnen. Zuvor weithin unbekannt, wegen seiner umständlichen Redeweise belächelt und nach einer Umfrage vom Sommer sogar Deutschlands unbeliebtester Ministerpräsident, hat Sachsen-Anhalts Regierungschef im Wahlkampf politische Eigenständigkeit bewiesen. Der 62 Jahre alte promovierte Physiker aus Wittenberg ging in der Asylpolitik früh auf Distanz zur Bundeskanzlerin und zog diesen Kurs dann bis zum Wahltag konsequent durch. Das Wahlergebnis der CDU von knapp 30 Prozent wertet Haseloff als Bestätigung dieses Kurses. Zwar habe auch seine Partei Wähler an die AfD verloren. „Aber wir konnten durch unsere Position und ich als Person einen Pflock der Demokratie einschlagen.“ Das Wahlergebnis lässt in Magdeburg jedenfalls keine Regierungsbildung gegen die CDU zu. Noch vor einem Jahr schien das beinahe ausgeschlossen. Haseloff könnte mit diesem Erfolg aus dem Schatten seines Vorgängers Wolfgang Böhmer herausgetreten sein.

Einen Merkel-kritischen Kurs einzuschlagen war im Herbst noch riskant. Der verheiratete Vater zweier Kinder und vier-

fache Großvater setzte mit diesem Schritt nicht nur sein Ansehen in der Bundespartei aufs Spiel, er bot dem Koalitionspartner SPD sowie den Oppositionsparteien Linkspartei und Grünen eine Gelegen-



Reiner Haseloff

Foto Daniel Pilar

heit, den Ministerpräsidenten hart zu kritisieren. Doch Haseloff hatte erkannt, dass Treue zur Kanzlerin im Osten anders als im Westen in der Flüchtlingskrise nicht belohnt werden würde. Haseloff zog seine Schlüsse daraus und zeigte, dass auch in ihm ein Physiker der Macht steckt. Von den linken Parteien wurde ihm deshalb unterstellt, er treibe der AfD Wähler zu und **mache Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen.** Zumindest der zweite Vorwurf ist wenig stichhaltig. Bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte wie in Tröglitz zeigte Haseloff – anders als Tillich in Sachsen – umgehend und unmissverständlich vor Ort Flagge. Der Katholik vergaß auch in keiner Rede zu erwähnen, dass Migranten für das von Abwanderung geplagte Sachsen-Anhalt auch eine Chance sein können und Hilfe in der Not eine moralische Pflicht ist. Haseloff forderte von Merkel zudem nicht die Einführung einer Obergrenze, sondern redete vager von einer „Integrationsobergrenze“ von 400 000 Flüchtlingen, die Deutschland auf Dauer höchstens erfolgreich integrieren könne.

Haseloff leugnete den darin enthaltenen Dissens mit Merkel nicht, inszenierte ihn aber, anders als Horst Seehofer, nicht

öffentlich. Seine Kritik an Merkel war auch nicht nur wahltaktisch motiviert. Seine steten Erinnerungen, Politiker hätten in ihrem Amtseid geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuhalten, deuten vielmehr darauf hin, dass Haseloffs tatsächliche Ablehnung von Merkels Politik schärfer war, als er öffentlich kundtat.

Das Wahlergebnis stellt den in Magdeburg oft „Hasi“ genannten Ministerpräsidenten nun vor eine Herausforderung, die nicht weniger schwierig sein dürfte als der Wahlkampf. Nach Lage der Dinge kommt in Magdeburg derzeit nur ein Dreier-Bündnis in Frage. Zur bestehenden Koalition aus CDU und SPD müssen also die Grünen hinzugezogen werden. Dafür sind nicht nur schwierige Koalitionsverhandlungen zu führen. Insbesondere bei Themen wie der Abschiebepolitik, dem Braunkohleabbau oder dem Straßenbau könnten einem solchen Bündnis fortdauernd Bewährungsproben drohen. Bei seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten fehlten Haseloff 2011 zehn Stimmen aus den **eigenen Reihen.** Das Motto, das die Union **im Wahlkampf auf blaue Postkarten drucken ließ, könnte also unverändert aktuell bleiben: „Keep calm and Hasi on.“**

Wo die Ostalgie verblasst

In Sachsen-Anhalt ist der Protest von links nach rechts gewandert / Von Reinhard Bingener

MAGDEBURG, 14. März. Selbst das AfD-Wahlergebnis von 24,2 Prozent der Zweitstimmen gibt das politische Erdbeben, das sich am Sonntag in Sachsen-Anhalt ereignet hat, nur unzureichend wieder. Der Blick auf die Erststimmen zeigt die Verschiebung der politischen Landschaft auf angemessene Weise: Der Süden von Sachsen-Anhalt erscheint da fast durchweg in Blau – einer Farbe, die bis zum Sonntag nicht einmal zum Repertoire gehörte. 14 ihrer insgesamt 15 Direktmandate konnte die AfD in dieser Region erobern. Erfolgreich waren die AfD-Kandidaten vor allem in den strukturschwachen Regionen um Kleinstädte wie Eisleben, Zeitz, Weißenfels, Merseburg oder Sangerhausen herum. Der Partei gelang es aber auch, in den Plattenbauten von Halle-Neustadt und dem Magdeburger Norden Direktmandate zu erringen, die bisher fest in der Hand der Linkspartei waren.

Dieser Befund lenkt den Blick auf die Linkspartei, die am Wahlabend angesichts des Desasters der SPD ein Dasein als fast vergessener Wahlverlierer fristen musste. Je länger der Abend dauerte, desto tiefer sanken die Werte der Partei von Spitzenkandidat Wulf Gallert. Entgegen allen Umfragen vor der Wahl, die der Linkspartei stabil mehr als zwanzig Prozent vorausgesagt hatten, schlugen im vorläufigen amtlichen Endergebnis lediglich 16,3 Prozent zu Buche.

In der Vergangenheit war es das politische Kapital der Linkspartei, dass sie zahlreiche Stimmen eines in Sachsen-Anhalt weit verbreiteten und gerne in Beige gekleideten Wählertyps auf sich vereinen konnte, der mit einer tiefen Enttäuschung über das politische System Deutschlands durchs Leben läuft. Diese Zeiten scheinen jedoch vorbei zu sein.

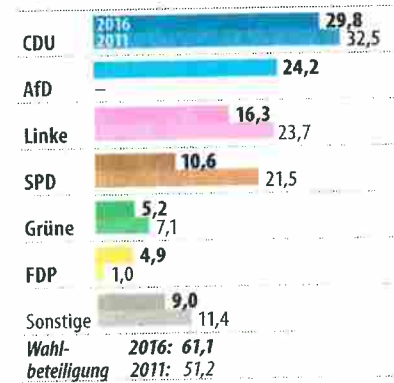
Der Protest ist von links nach rechts gewandert: Wo die Ostalgie verblasst, blüht der nationale Widerstand. Die Linkspartei steht damit vor der Frage, wie sie jemals wieder eine Machtperspektive bekommen will. An dieser Problemstellung könnten sich innerparteiliche Konflikte entzünden, da die Linkspartei in Sachsen-Anhalt einen pragmatischen Politikansatz verfolgte und eine Regierungsbeteiligung anstrebte. Der Spitzenkandidat Wulf Gallert zog am Montagabend nach dem Scheitern dieser Bemühungen die Konsequenzen und sagte, er werde nicht mehr für den Posten als Fraktionsvorsitzender kandidieren.

Die SPD, deren Wahlergebnis am Sonntag mehr als halbiert wurde, schritt am Montag hingegen rasenden Schrittes auf eine „Nacht der Messer“ zu. Nicht abzusehen war zu diesem Zeitpunkt, ob sich die geplanten Gremiensitzungen sogar zu einer langen Nacht der Messer entwickeln würden oder in weiterer Folge gar zu Wochen der langen Messer eskalieren. Denn SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde hatte am Wahlabend mit folgender, angesichts des Ergebnisses durchaus verblüffender Ankündigung aufgewartet: „Ich werde weitermachen.“ Nicht wenige Parteifreunde fragten sich, ob Budde in ihrem Satz das „nicht“ womöglich einfach nur vergessen hat. Eines Besseren belehrt wurden sie, als die Budde-Vertraute Petra Grimm-Benne verbreitete, ein Rückzug Buddes würde einen weiteren Sieg für die AfD bedeuten. Solche Einschätzungen aus dem Budde-Clan wurden am Montag von Parteifreunden mit Worten bedacht, die so deutlich waren, dass sie nicht gedruckt werden können. Buddes Festhalten an ihren Sesseln – sie ist sowohl Fraktionsvorsitzende als auch Landesvorsitzende – wurde in Mag-

deburg parteiübergreifend als realitätsfremd wahrgenommen. Führende Mitglieder ihrer eigenen Partei ließen sich mit der Einschätzung vernehmen, das Wahlergebnis sei Resultat einer vom Budde-Clan entworfenen Kampagne, die zehn Jahre eigene Regierungsbeteiligung hinter Oppositionssound versteckt habe. Angesichts solcher Fehleinschätzungen sei es undenkbar, dass Budde Wirtschaftsministerin einer künftigen Regierung werde, wie sie das offensichtlich anstrebe. Budde müsse alle Ämter aufgeben, auch ihr Vertrauter Rüdiger Erben solle weichen. Budde selbst ließ jedoch auch im Verlauf des Montags weiter ihre Getreuen mit Blick auf die am Abend anstehenden Gremiensitzungen ausschwärmen, um in Telefonaten doch noch ausreichend Rückhalt zu organisieren. Gleichzeitig zählte die Gegenseite, die sich schon vor dem Wahlabend organisiert hatte, ihre Bataillone.

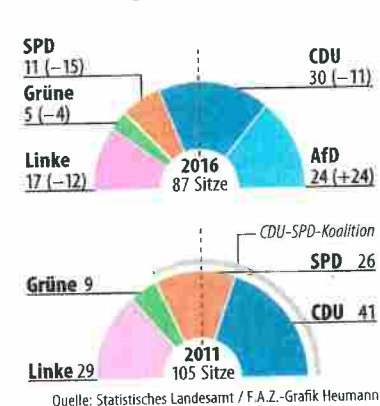
Sachsen-Anhalt

Zweitstimmen in Prozent¹⁾



1) 2016: vorläufiges Ergebnis.

Sitzverteilung im Landtag¹⁾



Unabhängig von der künftigen personellen Aufstellung dürfte das Wahlergebnis auch für die SPD eine Zäsur bedeuten. Bisher kam den Sozialdemokraten trotz dürftiger Wahlergebnisse eine Schlüsselrolle zu: In der Regel oblag ihnen die Entscheidung darüber, ob Sachsen-Anhalt von einem Ministerpräsidenten aus dem linken Spektrum oder dem rechten Spektrum regiert wird. Diese strategische Position in der Mitte hat die SPD nun an die CDU verloren, die sowohl eine Mehrheit links von sich als auch rechts von sich organisieren könnte.

Solange die AfD gezielt Ängste vor Wahlbetrug schürt, bleibt eine solche Option nach rechts allerdings eine theoretische Größe. Der AfD-Landesverband führte am Sonntagabend schon durch die Gestaltung der Wahlfeier vor Augen, warum er auf absehbare Zeit keinen direkten Einfluss auf das Regierungshandeln ha-

ben wird: Der in den vergangenen Wochen auffällig schweigsame Björn Höcke, AfD-Landesvorsitzender in Thüringen, dürfte vor der jubelnden Anhängerschaft wieder mit Inbrunst deutsche Volksgeister beschwören. Vertreter der sogenannten „Neuen Rechten“ aus seinem Dunstkreis präsentierten ihre Broschüren. Die Frage, ob in der Fraktion der AfD womöglich auch noch andere Kräfte schlummern, stellt sich somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal.

Zu einer Koalition aus Union, SPD und Grünen gibt es damit keine Alternative. Im Landtag hätte eine solche Kenia-Koalition allerdings nur eine knappe Mehrheit von 46:41 Stimmen. Schon die schwarz-rote Koalition der vergangenen Legislaturperiode wirkte nicht immer stabil. So fehlten Reiner Haseloff bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 2011 zehn Stimmen aus den eigenen Reihen. In der Kenia-Koalition würde das Regieren nochmals komplizierter. Schon Haseloffs eigene Partei wirkt nicht geschlossen. Bei der SPD ist gegenwärtig weder die Frage zu beantworten, mit welchen Personen sie am Regierungstisch Platz nehmen würde, noch die Frage, welche Inhalte diese Personen dort vertreten würden. Die Führungsriege der Grünen wirkt da deutlich robuster. Allerdings trägt der potentielle Koalitionspartner mit Braunkohle-Ausstieg, Verkehrspolitik und seinen asylpolitischen Forderungen auch weiteren Konfliktstoff in die Regierung; die Parteibasis der Grünen neigt in Sachsen-Anhalt zur Unberechenbarkeit.

Für den Mittwoch hat Reiner Haseloff die ersten Sondierungsgespräche angekündigt. Trotz aller Schwierigkeiten zeigte er sich am Montag fest entschlossen, eine „Regierung der Mitte“ zu bilden.

Zwei Tage nach der Wahl

Neue Fraktionen nehmen Arbeit auf

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat zwei Tage nach der Landtagswahl die Arbeit aufgenommen. Zahlreiche neue Abgeordnete bezogen ihre Büros, die Fraktionen kamen zu den ersten Sitzungen zusammen. Die CDU wählte bereits einen neuen Fraktionschef, bei den Grünen soll erneut Claudia Dalbert die Fraktion führen. Bei der SPD gibt es am Nachmittag eine Kampfkandidatur. Und am Mittwoch sollen die Sondierungsgespräche zwischen CDU, SPD und Grünen beginnen.



Bildrechte: dpa

Anlage 11 TOP 1 Klausurtagung

Zwei Tage nach der Landtagswahl nehmen am Dienstag die Fraktionen die Arbeit auf. Besondere Spannung gibt es bei der SPD. Nach der katastrophalen Wahlniederlage haben zwei Politiker Anspruch auf den Fraktionsvorsitz angemeldet. Zunächst kündigte Finanzstaatssekretär Jörg Felgner seine Kandidatur an. Danach folgte der Landtagsabgeordnete Andreas Steppuhn. Bislang hatte Katrin Budde das Amt inne, sie hatte am Montag ihren Verzicht auf den Fraktionsvorsitz erklärt.

Krach innerhalb der SPD

Streit gibt es bei der SPD auch über die Frage, ob die Partei überhaupt Koalitionsverhandlungen aufnehmen soll. Der frühere Landtagsabgeordnete Ronald Brachmann sagte, es gebe Stimmen in der Partei, wonach ein Ergebnis von zehn Prozent kein Auftrag für eine Regierungsbildung sei. Er werde seinem Kreisverband vorschlagen, einen Sonderparteitag zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beantragen. In der Partei mehren sich indes die Forderungen nach weiteren personellen Konsequenzen. SPD-Vorstandsmitglied Steffen Burchhardt erkläre, der Rückzug von Partei- und Fraktionschefin Katrin Budde reiche nicht.

„In der Basis rumort es... es ist nicht absehbar, ob eine Koalition zustande kommt.“

| Steffen Burchhardt, SPD-Vorstandsmitglied und Landrat des Jerichower Landes

Die amtierende SPD-Chefin Katja Pähle appellierte an ihre Partei, sich nicht gegen

Nach den Landtagswahlen Die Ergebnisse (Zweitstimmen) in den Wahlkreisen



Salzwedel 1	Gardelegen-Klötze 2	Havelberg-Osterburg 3	Stendal 4	Genthin 5	Burg 6	Haldensleben 7	Wolmirstedt 8	Oschersleben 9	Magdeburg I 10	Magdeburg II 11																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>31,1</td><td>28,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,5</td><td>26,6</td></tr><tr><td>SPD</td><td>13,0</td><td>22,1</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>6,4</td><td>8,6</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,6</td><td>4,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>21,7</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>6,7</td><td>9,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,8</td><td>50,4</td></tr></table> Gewählt: Carsten Borchert (CDU)		2016	2011	CDU	31,1	28,8	Linkspartei	17,5	26,6	SPD	13,0	22,1	Die Grünen	6,4	8,6	FDP	3,6	4,9	AFD	21,7	–	Sonstige	6,7	9,0	Beteiligung	58,8	50,4	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,6</td><td>32,3</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,8</td><td>24,3</td></tr><tr><td>SPD</td><td>13,1</td><td>23,0</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,7</td><td>6,1</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,7</td><td>4,6</td></tr><tr><td>AFD</td><td>21,8</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,3</td><td>9,7</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>59,9</td><td>50,2</td></tr></table> Gewählt: Uwe Harms (CDU)		2016	2011	CDU	32,6	32,3	Linkspartei	15,8	24,3	SPD	13,1	23,0	Die Grünen	4,7	6,1	FDP	4,7	4,6	AFD	21,8	–	Sonstige	7,3	9,7	Beteiligung	59,9	50,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>33,2</td><td>34,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,1</td><td>27,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,8</td><td>20,7</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,8</td><td>5,7</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,9</td><td>2,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>24,2</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>6,0</td><td>8,7</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>61,7</td><td>51,5</td></tr></table> Gewählt: Chris Schulenburg (CDU)		2016	2011	CDU	33,2	34,8	Linkspartei	18,1	27,4	SPD	10,8	20,7	Die Grünen	3,8	5,7	FDP	3,9	2,7	AFD	24,2	–	Sonstige	6,0	8,7	Beteiligung	61,7	51,5	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>30,8</td><td>33,9</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>16,4</td><td>24,5</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,8</td><td>22,1</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,3</td><td>6,1</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,9</td><td>3,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>25,0</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>6,8</td><td>10,2</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>55,9</td><td>48,7</td></tr></table> Gewählt: Hardy Peter Güssau (CDU)		2016	2011	CDU	30,8	33,9	Linkspartei	16,4	24,5	SPD	11,8	22,1	Die Grünen	4,3	6,1	FDP	4,9	3,2	AFD	25,0	–	Sonstige	6,8	10,2	Beteiligung	55,9	48,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>31,6</td><td>34,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>16,2</td><td>23,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,1</td><td>22,8</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,6</td><td>5,6</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,1</td><td>2,8</td></tr><tr><td>AFD</td><td>24,7</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,7</td><td>10,3</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>60,0</td><td>49,2</td></tr></table> Gewählt: Detlef Radke (CDU)		2016	2011	CDU	31,6	34,8	Linkspartei	16,2	23,7	SPD	11,1	22,8	Die Grünen	3,6	5,6	FDP	4,1	2,8	AFD	24,7	–	Sonstige	8,7	10,3	Beteiligung	60,0	49,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>30,6</td><td>35,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,9</td><td>22,0</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,9</td><td>22,7</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,1</td><td>5,8</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,1</td><td>3,6</td></tr><tr><td>AFD</td><td>21,5</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>12,9</td><td>10,1</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>63,5</td><td>52,7</td></tr></table> Gewählt: Markus Kurze (CDU)		2016	2011	CDU	30,6	35,8	Linkspartei	15,9	22,0	SPD	9,9	22,7	Die Grünen	4,1	5,8	FDP	5,1	3,6	AFD	21,5	–	Sonstige	12,9	10,1	Beteiligung	63,5	52,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>33,7</td><td>33,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,6</td><td>22,3</td></tr><tr><td>SPD</td><td>12,1</td><td>22,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,1</td><td>6,1</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,9</td><td>3,6</td></tr><tr><td>AFD</td><td>22,8</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,8</td><td>12,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,3</td><td>49,5</td></tr></table> Gewählt: Ralf W. Geisthardt (CDU)		2016	2011	CDU	33,7	33,8	Linkspartei	14,6	22,3	SPD	12,1	22,2	Die Grünen	4,1	6,1	FDP	3,9	3,6	AFD	22,8	–	Sonstige	8,8	12,0	Beteiligung	58,3	49,5	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>33,9</td><td>37,9</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,7</td><td>20,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,2</td><td>19,9</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,2</td><td>6,3</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,7</td><td>4,6</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,2</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,1</td><td>10,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>66,3</td><td>55,3</td></tr></table> Gewählt: Holger Stahlknecht (CDU)		2016	2011	CDU	33,9	37,9	Linkspartei	14,7	20,4	SPD	9,2	19,9	Die Grünen	4,2	6,3	FDP	4,7	4,6	AFD	23,2	–	Sonstige	10,1	10,9	Beteiligung	66,3	55,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,0</td><td>31,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,0</td><td>22,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>13,1</td><td>25,0</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,3</td><td>5,1</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,4</td><td>4,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,7</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,5</td><td>11,2</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>56,7</td><td>47,7</td></tr></table> Gewählt: Gabriele Brakebusch (CDU)		2016	2011	CDU	32,0	31,8	Linkspartei	15,0	22,7	SPD	13,1	25,0	Die Grünen	3,3	5,1	FDP	4,4	4,2	AFD	23,7	–	Sonstige	8,5	11,2	Beteiligung	56,7	47,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>26,5</td><td>26,4</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,2</td><td>27,2</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,8</td><td>24,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>5,9</td><td>7,8</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,2</td><td>2,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>21,6</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>11,8</td><td>11,2</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>57,1</td><td>51,3</td></tr></table> Gewählt: Oliver Kirchner (AFD)		2016	2011	CDU	26,5	26,4	Linkspartei	18,2	27,2	SPD	11,8	24,5	Die Grünen	5,9	7,8	FDP	4,2	2,9	AFD	21,6	–	Sonstige	11,8	11,2	Beteiligung	57,1	51,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>30,1</td><td>30,1</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,6</td><td>21,2</td></tr><tr><td>SPD</td><td>12,9</td><td>23,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>11,7</td><td>13,7</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,5</td><td>3,0</td></tr><tr><td>AFD</td><td>13,3</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,9</td><td>8,5</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>67,1</td><td>61,8</td></tr></table> Gewählt: Tobias Krull (CDU)		2016	2011	CDU	30,1	30,1	Linkspartei	17,6	21,2	SPD	12,9	23,5	Die Grünen	11,7	13,7	FDP	5,5	3,0	AFD	13,3	–	Sonstige	8,9	8,5	Beteiligung	67,1	61,8
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	31,1	28,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,5	26,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	13,0	22,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	6,4	8,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,6	4,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	21,7	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	6,7	9,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,8	50,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,6	32,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,8	24,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	13,1	23,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,7	6,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,7	4,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	21,8	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,3	9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	59,9	50,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	33,2	34,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,1	27,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,8	20,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,8	5,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,9	2,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	24,2	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	6,0	8,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	61,7	51,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	30,8	33,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	16,4	24,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,8	22,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,3	6,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,9	3,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	25,0	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	6,8	10,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	55,9	48,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	31,6	34,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	16,2	23,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,1	22,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,6	5,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,1	2,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	24,7	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,7	10,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	60,0	49,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	30,6	35,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,9	22,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,9	22,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,1	5,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,1	3,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	21,5	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	12,9	10,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	63,5	52,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	33,7	33,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,6	22,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	12,1	22,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,1	6,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,9	3,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	22,8	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,8	12,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,3	49,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	33,9	37,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,7	20,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,2	19,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,2	6,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,7	4,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,2	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,1	10,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	66,3	55,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,0	31,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,0	22,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	13,1	25,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,3	5,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,4	4,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,7	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,5	11,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	56,7	47,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	26,5	26,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,2	27,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,8	24,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	5,9	7,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,2	2,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	21,6	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	11,8	11,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	57,1	51,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	30,1	30,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,6	21,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	12,9	23,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	11,7	13,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,5	3,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	13,3	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,9	8,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	67,1	61,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Magdeburg IV 13	Halberstadt 14	Blankenburg 15	Wernigerode 16	Staßfurt 17	Aschersleben 18	Schönebeck 19	Wanzleben 20	Bernburg 21	Köthen 22	Zerbst 23																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>30,3</td><td>30,9</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,1</td><td>24,5</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,2</td><td>24,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>7,3</td><td>8,8</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,8</td><td>2,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>19,4</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>9,9</td><td>8,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>64,2</td><td>58,3</td></tr></table> Gewählt: Andreas Schumann (CDU)		2016	2011	CDU	30,3	30,9	Linkspartei	17,1	24,5	SPD	11,2	24,2	Die Grünen	7,3	8,8	FDP	4,8	2,7	AFD	19,4	–	Sonstige	9,9	8,9	Beteiligung	64,2	58,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>33,0</td><td>34,2</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>16,5</td><td>25,2</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,7</td><td>20,7</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,7</td><td>7,1</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,1</td><td>2,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>22,9</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,1</td><td>9,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>55,7</td><td>48,2</td></tr></table> Gewählt: Daniel Szarata (CDU)		2016	2011	CDU	33,0	34,2	Linkspartei	16,5	25,2	SPD	10,7	20,7	Die Grünen	4,7	7,1	FDP	4,1	2,9	AFD	22,9	–	Sonstige	8,1	9,9	Beteiligung	55,7	48,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,5</td><td>33,6</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,4</td><td>22,3</td></tr><tr><td>SPD</td><td>12,1</td><td>23,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,3</td><td>7,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,5</td><td>3,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>25,4</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,8</td><td>10,2</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>60,9</td><td>51,7</td></tr></table> Gewählt: Bernhard Daldrup (CDU)		2016	2011	CDU	32,5	33,6	Linkspartei	14,4	22,3	SPD	12,1	23,2	Die Grünen	4,3	7,5	FDP	3,5	3,2	AFD	25,4	–	Sonstige	7,8	10,2	Beteiligung	60,9	51,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>31,9</td><td>34,4</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,4</td><td>20,6</td></tr><tr><td>SPD</td><td>12,1</td><td>24,3</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>5,5</td><td>7,0</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,8</td><td>3,1</td></tr><tr><td>AFD</td><td>24,1</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,2</td><td>10,6</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>62,0</td><td>55,2</td></tr></table> Gewählt: Angela Gorr (CDU)		2016	2011	CDU	31,9	34,4	Linkspartei	15,4	20,6	SPD	12,1	24,3	Die Grünen	5,5	7,0	FDP	3,8	3,1	AFD	24,1	–	Sonstige	7,2	10,6	Beteiligung	62,0	55,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>28,0</td><td>32,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,1</td><td>25,5</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,3</td><td>21,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>2,8</td><td>4,6</td></tr><tr><td>FDP</td><td>6,6</td><td>4,1</td></tr><tr><td>AFD</td><td>29,7</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>9,3</td><td>14,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>55,9</td><td>43,3</td></tr></table> Gewählt: Matthias Büttner (AFD)		2016	2011	CDU	28,0	32,8	Linkspartei	17,1	25,5	SPD	10,3	21,5	Die Grünen	2,8	4,6	FDP	6,6	4,1	AFD	29,7	–	Sonstige	9,3	14,0	Beteiligung	55,9	43,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>30,1</td><td>32,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,1</td><td>25,5</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,3</td><td>21,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,4</td><td>5,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,5</td><td>3,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>25,9</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,7</td><td>11,5</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,3</td><td>50,7</td></tr></table> Gewählt: Detlef Güth (CDU)		2016	2011	CDU	30,1	32,8	Linkspartei	17,1	25,5	SPD	10,3	21,5	Die Grünen	4,4	5,5	FDP	4,5	3,2	AFD	25,9	–	Sonstige	7,7	11,5	Beteiligung	58,3	50,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,7</td><td>34,7</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,4</td><td>23,0</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,4</td><td>22,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,5</td><td>6,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,5</td><td>3,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,1</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,4</td><td>9,7</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>57,9</td><td>48,2</td></tr></table> Gewählt: Dr. Gunnar Schellenberger (CDU)		2016	2011	CDU	32,7	34,7	Linkspartei	15,4	23,0	SPD	11,4	22,2	Die Grünen	3,5	6,5	FDP	5,5	3,9	AFD	23,1	–	Sonstige	8,4	9,7	Beteiligung	57,9	48,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,2</td><td>34,3</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,4</td><td>21,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>11,2</td><td>20,8</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,6</td><td>4,8</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,2</td><td>4,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>26,0</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,4</td><td>14,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>61,7</td><td>52,4</td></tr></table> Gewählt: Guido Heuer (CDU)		2016	2011	CDU	32,2	34,3	Linkspartei	14,4	21,4	SPD	11,2	20,8	Die Grünen	3,6	4,8	FDP	5,2	4,7	AFD	26,0	–	Sonstige	7,4	14,0	Beteiligung	61,7	52,4	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>29,2</td><td>32,7</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>16,5</td><td>25,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,6</td><td>21,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,7</td><td>5,3</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,8</td><td>3,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>27,1</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,1</td><td>10,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,6</td><td>47,7</td></tr></table> Gewählt: Sarah Saueremann (AFD)		2016	2011	CDU	29,2	32,7	Linkspartei	16,5	25,7	SPD	9,6	21,5	Die Grünen	3,7	5,3	FDP	5,8	3,9	AFD	27,1	–	Sonstige	8,1	10,9	Beteiligung	58,6	47,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>28,6</td><td>30,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>19,3</td><td>27,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,8</td><td>20,0</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,0</td><td>5,0</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,2</td><td>3,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>25,1</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,0</td><td>12,6</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,2</td><td>48,3</td></tr></table> Gewählt: Christina Buchheim (Linkspartei)		2016	2011	CDU	28,6	30,8	Linkspartei	19,3	27,7	SPD	9,8	20,0	Die Grünen	3,0	5,0	FDP	4,2	3,9	AFD	25,1	–	Sonstige	10,0	12,6	Beteiligung	58,2	48,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>31,2</td><td>33,3</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,8</td><td>22,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,1</td><td>20,8</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,0</td><td>5,9</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,6</td><td>3,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,0</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>12,3</td><td>13,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>60,8</td><td>50,2</td></tr></table> Gewählt: Dietmar Krause (CDU)		2016	2011	CDU	31,2	33,3	Linkspartei	14,8	22,4	SPD	10,1	20,8	Die Grünen	4,0	5,9	FDP	4,6	3,7	AFD	23,0	–	Sonstige	12,3	13,9	Beteiligung	60,8	50,2
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	30,3	30,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,1	24,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,2	24,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	7,3	8,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,8	2,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	19,4	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	9,9	8,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	64,2	58,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	33,0	34,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	16,5	25,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,7	20,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,7	7,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,1	2,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	22,9	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,1	9,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	55,7	48,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,5	33,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,4	22,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	12,1	23,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,3	7,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,5	3,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	25,4	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,8	10,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	60,9	51,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	31,9	34,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,4	20,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	12,1	24,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	5,5	7,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,8	3,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	24,1	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,2	10,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	62,0	55,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	28,0	32,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,1	25,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,3	21,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	2,8	4,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	6,6	4,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	29,7	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	9,3	14,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	55,9	43,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	30,1	32,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,1	25,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,3	21,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,4	5,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,5	3,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	25,9	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,7	11,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,3	50,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,7	34,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,4	23,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,4	22,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,5	6,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,5	3,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,1	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,4	9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	57,9	48,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,2	34,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,4	21,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	11,2	20,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,6	4,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,2	4,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	26,0	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,4	14,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	61,7	52,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	29,2	32,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	16,5	25,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,6	21,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,7	5,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,8	3,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	27,1	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,1	10,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,6	47,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	28,6	30,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	19,3	27,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,8	20,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,0	5,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,2	3,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	25,1	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,0	12,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,2	48,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	31,2	33,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,8	22,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,1	20,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,0	5,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,6	3,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,0	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	12,3	13,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	60,8	50,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Jessen 25	Dessau-Roßlau 26	Dessau-Roßlau-Wittenberg 27	Wolffen 28	Bitterfeld 29	Quedlinburg 30	Sangerhausen 31	Eisleben 32	Saalekreis 33	Bad Dürrenberg-Saalekreis 34	Halle I 35																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,2</td><td>37,7</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>14,8</td><td>22,6</td></tr><tr><td>SPD</td><td>8,6</td><td>18,9</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,0</td><td>4,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,3</td><td>3,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>26,3</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,8</td><td>12,6</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>64,2</td><td>52,8</td></tr></table> Gewählt: Siegfried Borgwardt (CDU)		2016	2011	CDU	32,2	37,7	Linkspartei	14,8	22,6	SPD	8,6	18,9	Die Grünen	3,0	4,5	FDP	4,3	3,7	AFD	26,3	–	Sonstige	10,8	12,6	Beteiligung	64,2	52,8	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>28,7</td><td>32,1</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,4</td><td>24,9</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,3</td><td>20,3</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>6,5</td><td>8,9</td></tr><tr><td>FDP</td><td>6,1</td><td>3,1</td></tr><tr><td>AFD</td><td>22,5</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,5</td><td>10,7</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>63,2</td><td>53,6</td></tr></table> Gewählt: Andreas Mrosek (AFD)		2016	2011	CDU	28,7	32,1	Linkspartei	18,4	24,9	SPD	10,3	20,3	Die Grünen	6,5	8,9	FDP	6,1	3,1	AFD	22,5	–	Sonstige	7,5	10,7	Beteiligung	63,2	53,6	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>29,5</td><td>33,5</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,3</td><td>22,3</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,1</td><td>19,7</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>6,2</td><td>8,7</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,4</td><td>3,3</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,3</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,2</td><td>12,5</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>64,4</td><td>53,0</td></tr></table> Gewählt: Dr. Reiner Haseloff (CDU)		2016	2011	CDU	29,5	33,5	Linkspartei	15,3	22,3	SPD	10,1	19,7	Die Grünen	6,2	8,7	FDP	5,4	3,3	AFD	23,3	–	Sonstige	10,2	12,5	Beteiligung	64,4	53,0	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>29,3</td><td>32,8</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,2</td><td>23,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,1</td><td>21,1</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,3</td><td>5,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,0</td><td>4,9</td></tr><tr><td>AFD</td><td>28,7</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>9,4</td><td>12,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>61,9</td><td>48,2</td></tr></table> Gewählt: Daniel Rei (AFD)		2016	2011	CDU	29,3	32,8	Linkspartei	15,2	23,7	SPD	10,1	21,1	Die Grünen	3,3	5,5	FDP	4,0	4,9	AFD	28,7	–	Sonstige	9,4	12,0	Beteiligung	61,9	48,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>28,2</td><td>34,2</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>13,4</td><td>22,9</td></tr><tr><td>SPD</td><td>8,4</td><td>19,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,5</td><td>5,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,3</td><td>6,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>31,9</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,3</td><td>12,0</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>62,0</td><td>47,6</td></tr></table> Gewählt: Volker Olenick (AFD)		2016	2011	CDU	28,2	34,2	Linkspartei	13,4	22,9	SPD	8,4	19,2	Die Grünen	3,5	5,5	FDP	4,3	6,2	AFD	31,9	–	Sonstige	10,3	12,0	Beteiligung	62,0	47,6	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>32,8</td><td>33,9</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,4</td><td>22,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,3</td><td>20,8</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>5,2</td><td>7,3</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,7</td><td>3,5</td></tr><tr><td>AFD</td><td>23,5</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,1</td><td>12,1</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,9</td><td>50,1</td></tr></table> Gewählt: Ulrich Thomas (CDU)		2016	2011	CDU	32,8	33,9	Linkspartei	15,4	22,4	SPD	10,3	20,8	Die Grünen	5,2	7,3	FDP	4,7	3,5	AFD	23,5	–	Sonstige	8,1	12,1	Beteiligung	58,9	50,1	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>27,5</td><td>30,4</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>17,3</td><td>25,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,7</td><td>21,4</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,6</td><td>5,5</td></tr><tr><td>FDP</td><td>3,8</td><td>3,7</td></tr><tr><td>AFD</td><td>28,1</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,0</td><td>13,6</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>60,3</td><td>50,7</td></tr></table> Gewählt: Andreas Gehlmann (AFD)		2016	2011	CDU	27,5	30,4	Linkspartei	17,3	25,4	SPD	9,7	21,4	Die Grünen	3,6	5,5	FDP	3,8	3,7	AFD	28,1	–	Sonstige	10,0	13,6	Beteiligung	60,3	50,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>25,8</td><td>28,1</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,9</td><td>26,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,7</td><td>26,5</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>2,8</td><td>4,0</td></tr><tr><td>FDP</td><td>4,0</td><td>3,1</td></tr><tr><td>AFD</td><td>28,8</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>10,0</td><td>11,9</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>57,9</td><td>48,2</td></tr></table> Gewählt: Jens Diederichs (AFD)		2016	2011	CDU	25,8	28,1	Linkspartei	18,9	26,4	SPD	9,7	26,5	Die Grünen	2,8	4,0	FDP	4,0	3,1	AFD	28,8	–	Sonstige	10,0	11,9	Beteiligung	57,9	48,2	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>29,5</td><td>33,0</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,9</td><td>22,4</td></tr><tr><td>SPD</td><td>8,6</td><td>20,4</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,1</td><td>5,9</td></tr><tr><td>FDP</td><td>6,2</td><td>5,2</td></tr><tr><td>AFD</td><td>27,4</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,3</td><td>13,1</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>66,1</td><td>52,8</td></tr></table> Gewählt: Robert Farle (AFD)		2016	2011	CDU	29,5	33,0	Linkspartei	15,9	22,4	SPD	8,6	20,4	Die Grünen	4,1	5,9	FDP	6,2	5,2	AFD	27,4	–	Sonstige	8,3	13,1	Beteiligung	66,1	52,8	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>29,0</td><td>34,4</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>15,1</td><td>22,1</td></tr><tr><td>SPD</td><td>9,5</td><td>19,2</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>3,9</td><td>6,2</td></tr><tr><td>FDP</td><td>6,2</td><td>5,0</td></tr><tr><td>AFD</td><td>27,5</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,8</td><td>13,1</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>64,0</td><td>51,3</td></tr></table> Gewählt: Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AFD)		2016	2011	CDU	29,0	34,4	Linkspartei	15,1	22,1	SPD	9,5	19,2	Die Grünen	3,9	6,2	FDP	6,2	5,0	AFD	27,5	–	Sonstige	8,8	13,1	Beteiligung	64,0	51,3	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>23,2</td><td>25,4</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>20,8</td><td>31,0</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,3</td><td>21,9</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,9</td><td>6,8</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,5</td><td>4,3</td></tr><tr><td>AFD</td><td>25,8</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>9,5</td><td>10,6</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>56,6</td><td>47,4</td></tr></table> Gewählt: Alexander Raue (AFD)		2016	2011	CDU	23,2	25,4	Linkspartei	20,8	31,0	SPD	10,3	21,9	Die Grünen	4,9	6,8	FDP	5,5	4,3	AFD	25,8	–	Sonstige	9,5	10,6	Beteiligung	56,6	47,4
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,2	37,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	14,8	22,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	8,6	18,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,0	4,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,3	3,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	26,3	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,8	12,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	64,2	52,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	28,7	32,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,4	24,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,3	20,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	6,5	8,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	6,1	3,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	22,5	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,5	10,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	63,2	53,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	29,5	33,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,3	22,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,1	19,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	6,2	8,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,4	3,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,3	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,2	12,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	64,4	53,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	29,3	32,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,2	23,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,1	21,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,3	5,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,0	4,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	28,7	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	9,4	12,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	61,9	48,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	28,2	34,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	13,4	22,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	8,4	19,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,5	5,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,3	6,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	31,9	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,3	12,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	62,0	47,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	32,8	33,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,4	22,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,3	20,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	5,2	7,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,7	3,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	23,5	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,1	12,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,9	50,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	27,5	30,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	17,3	25,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,7	21,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,6	5,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	3,8	3,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	28,1	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,0	13,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	60,3	50,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	25,8	28,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,9	26,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,7	26,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	2,8	4,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	4,0	3,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	28,8	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	10,0	11,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	57,9	48,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	29,5	33,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,9	22,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	8,6	20,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,1	5,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	6,2	5,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	27,4	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,3	13,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	66,1	52,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	29,0	34,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	15,1	22,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	9,5	19,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	3,9	6,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	6,2	5,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	27,5	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,8	13,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	64,0	51,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	23,2	25,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	20,8	31,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,3	21,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,9	6,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,5	4,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	25,8	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	9,5	10,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	56,6	47,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Halle III 37	Halle IV 38	Merseburg 39	Querfurt 40	Zeitz 41	Naumburg 42	Weißenfels 43	In Sachsen-Anhalt haben die Wähler eine Erst- und eine Zweitstimme. Mit der Erststimme wird der Wahlkreisandidat gewählt; in unseren Tabellen ist der Name des direkt gewählten Kandidaten angegeben. Die CDU holte in Sachsen-Anhalt 27 Wahlkreise, die AfD 15, die Linkspartei einen. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) verteidigte sein Direktmandat – er erhielt im Wahlkreis Dessau-Roßlau-Wittenberg 32,9 Prozent der Erststimmen auf dem zweiten Platz lag die AfD.																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>23,3</td><td>27,1</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,2</td><td>18,7</td></tr><tr><td>SPD</td><td>12,9</td><td>19,6</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>18,0</td><td>21,0</td></tr><tr><td>FDP</td><td>7,0</td><td>4,8</td></tr><tr><td>AFD</td><td>12,9</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>7,7</td><td>8,8</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>72,4</td><td>60,7</td></tr></table> Gewählt: Bernhard Bönlisch (CDU)		2016	2011	CDU	23,3	27,1	Linkspartei	18,2	18,7	SPD	12,9	19,6	Die Grünen	18,0	21,0	FDP	7,0	4,8	AFD	12,9	–	Sonstige	7,7	8,8	Beteiligung	72,4	60,7	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</td><td>26,9</td><td>28,5</td></tr><tr><td>Linkspartei</td><td>18,7</td><td>27,2</td></tr><tr><td>SPD</td><td>10,2</td><td>22,0</td></tr><tr><td>Die Grünen</td><td>4,6</td><td>7,2</td></tr><tr><td>FDP</td><td>5,9</td><td>4,8</td></tr><tr><td>AFD</td><td>24,8</td><td>–</td></tr><tr><td>Sonstige</td><td>8,9</td><td>10,3</td></tr><tr><td>Beteiligung</td><td>58,8</td><td>49,1</td></tr></table> Gewählt: Thomas Keindorf (CDU)		2016	2011	CDU	26,9	28,5	Linkspartei	18,7	27,2	SPD	10,2	22,0	Die Grünen	4,6	7,2	FDP	5,9	4,8	AFD	24,8	–	Sonstige	8,9	10,3	Beteiligung	58,8	49,1	<table><tr><th></th><th>2016</th><th>2011</th></tr><tr><td>CDU</</td></tr></table>		2016	2011	CDU</																																																																																																																																																																																																																																																							
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	23,3	27,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,2	18,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	12,9	19,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	18,0	21,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	7,0	4,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	12,9	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	7,7	8,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	72,4	60,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU	26,9	28,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Linkspartei	18,7	27,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
SPD	10,2	22,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Die Grünen	4,6	7,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
FDP	5,9	4,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
AFD	24,8	–																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Sonstige	8,9	10,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Beteiligung	58,8	49,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
	2016	2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
CDU</																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			

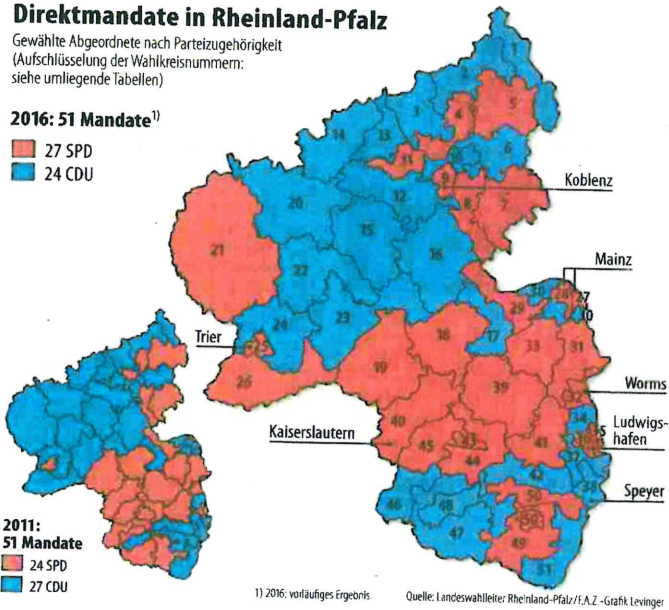
Direktmandate in Rheinland-Pfalz

Gewählte Abgeordnete nach Parteizugehörigkeit
(Aufschlüsselung der Wahlkreisnummern:
siehe umliegende Tabellen)

2016: 51 Mandate¹⁾

27 SPD
24 CDU

**2011:
51 Mandate**
24 SPD
27 CDU



¹⁾ 2016: vorläufiges Ergebnis

Quelle: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz/FAZ - Grafik Levinger

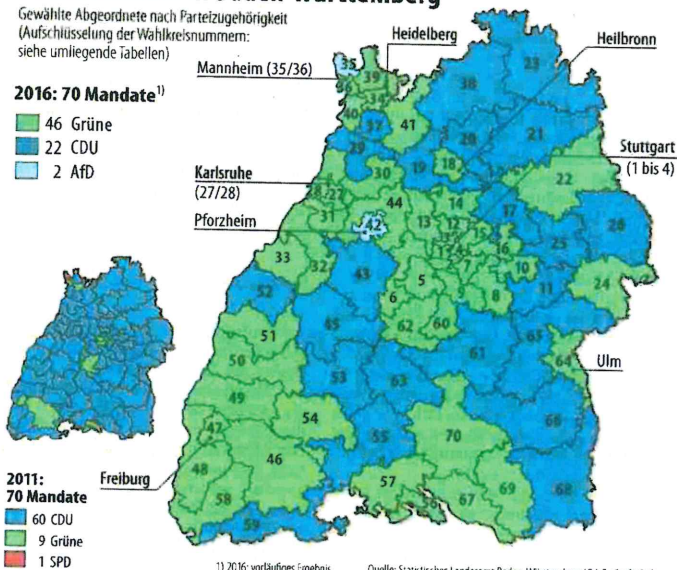
Direktmandate in Baden-Württemberg

Gewählte Abgeordnete nach Parteizugehörigkeit
(Aufschlüsselung der Wahlkreisnummern:
siehe umliegende Tabellen)

2016: 70 Mandate¹⁾

46 Grüne
22 CDU
2 AfD

**2011:
70 Mandate**
60 CDU
9 Grüne
1 SPD



¹⁾ 2016: vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg/FAZ - Grafik Sieben

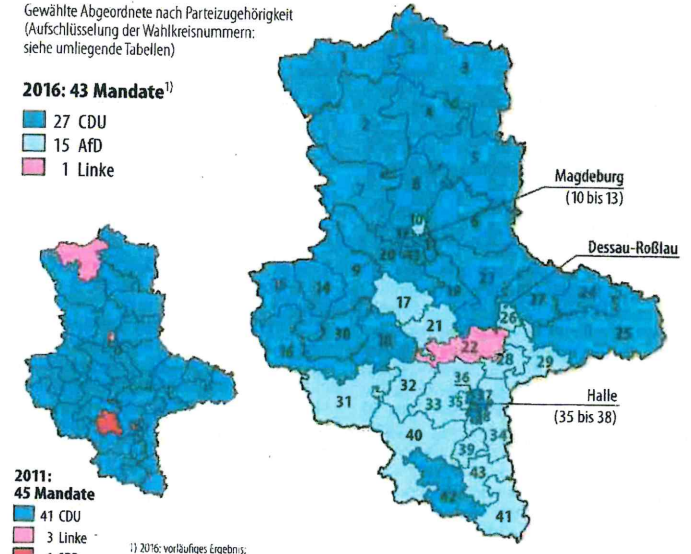
Direktmandate in Sachsen-Anhalt

Gewählte Abgeordnete nach Parteizugehörigkeit
(Aufschlüsselung der Wahlkreisnummern:
siehe umliegende Tabellen)

2016: 43 Mandate¹⁾

27 CDU
15 AfD
1 Linke

**2011:
45 Mandate**
41 CDU
3 Linke
1 SPD



¹⁾ 2016: vorläufiges Ergebnis;
wegen geänderter Wahlkreiseinteilung nicht mit 2011 vergleichbar

Quelle: Landeswahlleiter Sachsen-Anhalt/FAZ - Grafik Sieben